

# Sozial

Zentral-Organ für die Interessen  
der im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.  
Publikations-Organ des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes.

Erscheint jede Woche Sonntags.  
Einzel-Abonnement pro Quart. franko geg. franko 1,50 Mk.  
Der Courier ist in die Postzeitungliste eingetragen.

Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21.  
Telephon: Amt IV, 950.  
Geöffnet: 9-1 Uhr vorm., 3-7 Uhr nachm., Sonntags geschl.

Redaktionschluss  
am Montag Abend vor Erscheinen des Blattes.  
Unverlangte Manuskripte werden nicht zurückgesandt.  
Zuschriften und Reklamationen an die Schriftleitung.

Nr. 37.

Berlin, den 12. September 1909.

13. Jahrg.

## Bekanntmachung.

Das Protokoll des 6. Verbandstages unserer Organisation wird in den nächsten Tagen erscheinen. Der Preis desselben beträgt für Verbandsmitglieder 25 Pfg. Im Buchhandel kostet das Exemplar 50 Pfg.

Das Protokoll enthält ein so reichhaltiges, für die Mitglieder unseres Verbandes wichtiges Material, daß jeder, der ein Interesse an der Ausbreitung der Organisation hat, dasselbe unbedingt besitzen und lesen muß.

Die Ausgabe der Protokolle erfolgt durch die Ortsverwaltungen.

Der Verbands-Vorstand.

## Die Gewerkschaftsorganisationen Deutschlands im Jahre 1908.

II.

Die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften haben 1908 einen Mitgliederverlust von 3256 zu verzeichnen; ihre Mitgliederzahl ging von 108 889 (1907) auf 105 633 zurück. Hierbei ist aber zu beachten, daß die Gärtner, welche für 1908 70 Mitglieder angaben, 1907 mit der Mitgliederzahl fehlen; die Eisenbahner mit 120 und die Gemeindegewerkschaften mit 1189 Mitglieder erst im Jahre 1908 dem Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften beigetreten sind. Es ist also sehr kunstvoll gerechnet, wenn die Hirsch-Dunderschen mit nur 3 pCt. an Mitgliederverlust im „Gewerkschaften“ parodieren. Es hatten 1908 Mitglieder die Bauhandwerker 768 (-248), Bergarbeiter 2064 (-49), B. lshauer 316 (-58), Brauer 1021 (+146), Eisenbahner 120, Fabrik- und Handarbeiter 15 256 (-599), Gärtner 70, Gemeindegewerkschaften 1189, graphische Berufe und Maler 1708 (+122), Handelshilfsarbeiter 164 (+141), Holzarbeiter 5465 (-340), Kaufleute 18 173 (-1760), Kellner 0 (-48), Konditoren 187 (+52), Maschinenbau- und Metallarbeiter 37 976 (-2724), Neepfchläger 43 (-4), Schiffszimmerer 418 (+104), Schneider 4473 (-61), Schuhmacher und Lederarbeiter 5250 (-4), selbstständige Berufe 131 (+14), Steinarbeiter 137 (+25), Textilarbeiter 6381 (+274), Töpfer und Ziegler 1725 (+53), Zigaretten- und Tabakarbeiter 1900 (+320), Frauen und Mädchen 698 (0).

An Einnahmen verzeichnen die Gewerkschaften 2 694 893 Mk. Hier machen sie sich einer absichtlichen Frevführung schuldig. Sie rechnen als Einnahme der Gewerkschaften auch das, was die mit ihnen in Verbindung stehenden Freien Hilfskassen vereinnahmen haben. Mag auch eine rege Verbindung zwischen den Gewerkschaften und diesen Kassen bestehen, so kann man deren Einnahmen doch nicht zu den Gewerkschaftseinnahmen rechnen. Zweifellos sind in diesen Kassen viele Mitglieder, die nicht Gewerkschaftsmitglieder sind. Wollte man so rechnen, wie es in diesem Jahre zum ersten Male von den Gewerkschaften geschehen ist, dann müßten wir in unserer Statistik auch die Einnahmen der Freien Hilfskassen anführen, denen fast ausschließlich Mitglieder unserer Zentralverbände angehören. Dasselbe gilt bezüglich der Gesamtausgabe der Gewerkschaften im Betrage von 2 350 727 Mk. An Vermögensbestand verbleiben 4 210 418 Mk. Davon in den Gewerkschaftshauptkassen 1 620 273 Mk., in den Krankenkassen 1 206 513 Mk. und in den Begräbniskassen 1 214 200 Mk.

Die christlichen Gewerkschaften haben trotz des Anschlusses der Steinarbeiter Mayens, welcher ihnen einen Mitgliederzuwachs von 1167 brachte, einen Rückgang von 9804 Mitglieder im Jahresdurchschnitt 1908 gegen 1907 zu verzeichnen. Der Mitgliederbestand betrug im Jahresdurchschnitt: 1907: 274 323, 1908: 264 519. Werden bei den Vergleichen die Mitgliederzahlen am Schlusse der Jahre herangezogen, so ist der Verlust erheblich höher; er beträgt dann bei den christlichen Gewerkschaften im Jahre 1908 gegen das Jahr 1907 23 882 Mitglieder. Die

Gesamtmitgliedschaft der christlichen Gewerkschaften (Gesamtverband) betrug am 31. Dezember 1908: 260 767. In dieser Zahl befinden sich 4125 Mitglieder des Verbandes der Eisenbahnhandwerker und -arbeiter, welche im Jahresdurchschnitt vom „Centralblatt“ nicht mit einbegriffen worden sind. Im Jahresdurchschnitt hatten 1908 Mitglieder die Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter 35 302 (-4833), Bayerische Eisenbahner 26 186 (+2047), Bergarbeiter 75 250 (+550), Buchdrucker (Gutenbergsbund) 2873 (+61), Gärtner 793 (+65), Graphisches Gewerbe 1397 (-12), Heimarbeiterrinnen 5815 (+849), Holzarbeiter 11 043 (-196), Keramarbeiter 4883 (-3469), Krankenpfleger 1344 (+230), Lederarbeiter 3903 (-300), Maler 3361 (+9), Metallarbeiter 26 427 (-1663), Nahrungsmittelindustriearbeiter (Bäcker) 869 (+219), Schneider 3785 (+27), Staats-, Gemeinde- und Verkehrsarbeiter (Hilfs- und Transportarbeiter) 14 272 (-364), Steinarbeiter (Mayer) 1167, Tabakarbeiter 5551 (-998), Telegraphenarbeiter 2737 (+876), Textilarbeiter 37 561 (-3203). Die bayerischen Salinenarbeiter, welche 1907 893 Mitglieder aufwiesen, haben sich, wie das „Centralblatt“ berichtet, mit den Bergarbeitern und Metallarbeitern verschmolzen. Zusammen beträgt also der Verlust bei den Salinen-, Berg- und Metallarbeitern 2006 Mitglieder.

Die Einnahmen der christlichen Gewerkschaften belaufen sich auf 4 394 745 Mk., die Ausgaben auf 3 556 224 Mk. und der Vermögensbestand war Mk. 4 513 409. In der Statistik der christlichen Gewerkschaften werden noch immer 6 Verbände geführt, die dem Gesamtverband nicht angeschlossen sind und von diesem nichts wissen wollen, denn sie haben ihm nicht einmal einen Jahresbericht überandt, so daß in der Statistik die Zahlen für 1907 angegeben werden müssen. Diese Vereinigungen, die wir als unabhängige christliche Gewerkschaften bezeichnen, hatten 1907 insgesamt 80 437 Mitglieder.

Ueber den Stand der Lokalorganisationen läßt sich für 1908 noch weniger berichten, als in den Vorjahren. Wie in dem „Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich“ mitgeteilt wird, hat die Geschäftskommission der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften infolge eines Kongreßbeschlusses dem Statistischen Amt jede Angabe über die angeschlossenen Organisationen verweigert. Es ist dies ganz erklärlich. Nachdem die Parteitage der sozialdemokratischen Partei jede Gemeinschaft mit diesen nach eigener Prinzipienklärung zum Anarchosozialismus sich bestimmenden Organisationen abgelehnt haben, ist der Uebertritt der bisher der Freien Vereinigung angehörenden Verbindungen, sowie der einzelnen Mitglieder zu den gewerkschaftlichen Zentralverbänden in so umfangreicher Weise erfolgt, daß heute nur noch kümmerliche Reste vorhanden sind, die als eine besondere Organisationsgruppe nicht mehr angesehen werden können. Soweit über den Mitgliederbestand der Lokalverbände von den Verbandsvorständen Mitteilung gemacht ist, sind die angegebenen Zahlen in die Gruppe der unabhängigen Vereine eingefügt worden. Um einen Vergleich mit dem Vorjahr bezüglich der Mitgliederzahl zu ermöglichen, ist auch für dieses Jahr in gleicher Weise verfahren.

Die unabhängigen und lokalen Vereine hatten nach dieser Zusammenstellung 1907 insgesamt 117 325, im Jahre 1908 aber nur 100 081 Mitglieder. Der Rückgang von 17 244 Mitgliedern entfällt fast ausschließlich auf die Lokalen Vereine. In Lokalen und unabhängigen Vereinen waren 1908 in folgenden Verufen Mitglieder vorhanden (in Parenthese ist die Mitgliederzahl für 1907 beigefügt): Bauhilfsarbeiter 550 (550), Bergarbeiter 25 000 (25 000), Brauereiarbeiter 2000 (2000), Buchbinder 50 (120), Bureauangestellte 6500 (8000), Dachdecker 120 (250), Eisenbahner (süddeutsche) 13 022 (12 354), Gastwirtsgehilfen 20 000 (20 000), Gemeindegewerkschaften 1801 (2918), Glaser 50 (20), Graveure der Stoffindustrie 600 (600), Hafnarbeiter 15 (350), Holzerer 60 (-), Kürschner 75 (550), Maler 100 (150), Maschinenisten 6750 (9500), Metallarbeiter 5000 (6800), Mühlenarbeiter 25 (-), Porzellanarbeiter 350 (350), Schneider 100 (-), Tapezierer 50 (30), Textilarbeiter 700 (500), Töpfer 380 (500), Transportarbeiter 1600 (1600), Zeichner 1446 (800), Zigarettenfortierer 120 (120), Zimmerer 700 (1000), Zivilmusiker 12 917 (12 300). Außerdem waren für 1907 noch Mitglieder für folgende Berufe angegeben, für die für 1908 keine An-

gaben gemacht sind: Asphaltreue 28, Friseur 40, Handelshilfsarbeiter 5500, Hoteldiener 350, Maurer 3310, Photographen 75, Saitler 50, Schiffszimmerer 550, Steinarbeiter 1000 (dieser Verband hat sich den christlichen Gewerkschaften angeschlossen), Steinseher 20 und Stukkateure 40. Der Verband der Zeichner hat sich neuerdings dem Bund der technisch-industriellen Beamten angeschlossen.

Das Statistische Jahrbuch zählt für 1908 insgesamt 21 unabhängige Vereine mit 135 127 Mitgliedern und berichtet, daß in dieser Aufstellung die Angaben für 13 Vereine fehlen. Unter dieser Gruppe zählt das Statistische Amt den Verband der Eisenbahnhandwerker in Erier mit 41 054, den Verband der badischen Eisenbahner mit 11 623 und den Verband der württembergischen Eisenbahner mit 8380 Mitglieder, während die christlichen Gewerkschaften diese Verbände immer noch als zu ihnen gehörig zählen.

Auch über die Vereinigungen der Privatbeamten wird in dem Statistischen Jahrbuch berichtet. Es werden dort gezählt: 17 kaufmännische Verbände mit 498 218 Mitgliedern. Darunter befinden sich der Verein deutscher Kaufleute mit 18 173 Mitgliedern, der dem Verband der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften angeschlossen ist und der Zentralverband der Handlungsgehilfen mit 8804 Mitgliedern, sowie der Verband der Lagerhalter mit 2140 Mitgliedern, die der Generalkommission angeschlossen sind. Dann werden gezählt 16 Technikerverbände mit 111 079 Mitgliedern und 6 Verbände der Bureaubeamten mit 13 437 Mitgliedern. Hierunter befindet sich der Verband der Bureauangestellten mit 4782 Mitgliedern, der der Generalkommission angeschlossen ist.

Für 5 Verbände landwirtschaftlicher Beamten werden 19 054 und für 10 Verbände verschiedener Art 70 780 Mitglieder, insgesamt 54 Verbände der Privatangestellten mit 712 568 Mitgliedern, oder nach Abzug der den Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften oder der Generalkommission angeschlossen Organisationen 49 Verbände mit 678 669 Mitgliedern.

Das Statistische Jahrbuch bringt auch eine Uebersicht über die „Gelben Arbeiterverbände und Werkvereine“. Obgleich diesen Organisationen jede Spur gewerkschaftlichen Charakters fehlt, weil sie geschaffen worden sind, den gewerkschaftlichen Kampf zu behindern, wollen wir doch die Zahlen hier mitteilen, um zu zeigen, inwieweit es dem Unternehmertum gelungen ist, Arbeiter für diese Streikbrechervereine zu gewinnen. Das Statistische Jahrbuch weist aus: 3 örtliche gemischte Vereine mit 1015 Mitgliedern, 7 Berufsvereine mit 13 613 und 69 Werkvereine mit 50 710 Mitgliedern, zusammen 79 Vereine mit 65 338 Mitgliedern. Diese Vereine sollen 1908 eine Jahresbeitragsnahme von 347 784 Mk., eine Ausgabe von 268 871 Mk. und am Jahresabschluss ein Vermögen von 380 574 Mk. gehabt haben. Viele Unternehmern werden gehofft haben und die Gewerkschaften fürchteten, daß unter dem Druck der überaus ungünstigen Wirtschaftslage im Jahre 1908 viele Arbeiter sich entschließen würden, den gelben Vereinen beizutreten, um nicht arbeitslos zu werden. Diese Zahlen aber zeigen, daß die gelben Vereine, trotz der größten materiellen Aufwendungen der Unternehmer, ebenso wenig wie die christlichen Gewerkschaften es vermögen, das Klassenbewußtsein der Arbeiter zu untergraben. Beide Organisationen werden ihren Gründern wenig Freude machen, denn beide haben sich nicht so entwickelt, wie man es erhoffte und haben den auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Gewerkschaften keinen Abbruch getan. Dazu kommt, daß die christlichen Gewerkschaften die Kampfmethoden unserer gewerkschaftlichen Zentralverbände anzunehmen genötigt wurden und daß sie sich, wie an anderer Stelle näher nachgewiesen wird, so entwickelt haben, daß sie heute unsere Zentralverbände ermahnen, weniger Wert auf die Unterstützungsrichtungen zu legen und den Gewerkschaften mehr den Charakter einer Kampforganisation zu geben.

Bei der Gesamtübersicht über die gewerkschaftliche Bewegung in Deutschland können nur die gewerkschaftlichen Zentralverbände, die christlichen Gewerkschaften, die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften und bedingungsweise die Lokalen und unabhängigen Vereine in Berücksichtigung gezogen werden. Die Vereine der Privatangestellten werden nach ihrem jetzigen Charakter als Gewerkschaften nicht angesehen werden können, weil sie allgemein und besonders die Vereinigungen der Handlungsgehilfen und der Bureauangestellten mehr

als Landesvereine anzusehen sind. Soweit sie als Gewerkschaften gelten wollen und gewerkschaftliche Kampfmethoden zur Erreichung ihres Zweckes anwenden, sind sie einer der genannten drei Organisationsgruppen angegeschlossen. Die Zentralverbände hatten 1908 (in Parenthese die Ziffern für 1907) 1 831 731 (1 865 506), die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften 1 056 633 (1 038 839), die christlichen Gewerkschaften 264 519 (274 323), die unabhängigen christlichen Gewerkschaften 80 437 (80 437), die lokalen und unabhängigen gewerkschaftlichen Vereinigungen 100 081 (117 325), zusammen 2 382 401 (2 446 480) Mitglieder im Jahresdurchschnitt. Bei sämtlichen Organisationsgruppen ist somit im Jahre 1908 ein Rückgang im Mitgliederbestand eingetreten, und zwar bei den Zentralverbänden von 33 775, den Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften von 3256, den christlichen Gewerkschaften von 9804 und den unabhängigen und lokalen Vereinigungen von 17 244, zusammen von 64 079 Mitgliedern. Für die unabhängigen christlichen Gewerkschaften lagen für 1908 keine Angaben vor und sind die Mitgliederzahlen von 1907 angegeben. An Jahreseinnahmen hatten: die Zentralverbände 48 544 396 Mt., die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften 2 694 893 Mt. (davon entfallen jedoch, wie bereits angegeben, nur 1 516 174 Mt. auf die Gewerkschaften, der Rest entfällt auf selbstständige Kranken- und Begräbniskassen), die christlichen Gewerkschaften 4 394 745 Mt., zusammen 55 634 034 Mt. Ausgaben hatten: die Zentralverbände 42 057 516 Mt., die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften 2 350 727 Mt. (für die Gewerkschaften davon nur 1 429 198 Mt.), die christlichen Gewerkschaften 3 556 224 Mt., zusammen 47 964 467 Mt. Der Vermögensbestand betrug bei den Zentralverbänden 40 839 791 Mt., den Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften 4 210 413 Mt. (davon in den Gewerkschaftshauptkassen 1 620 273 Mt.), den christlichen Gewerkschaften 4 513 409 Mt., zusammen 49 563 613 Mt.

Weder in bezug auf den Mitgliederbestand noch in den Leistungen der drei Organisationsgruppen ist im letzten Jahre eine Veränderung des bisherigen Verhältnisses eingetreten. Es bleibt, wie nicht anders zu erwarten, die Tatsache bestehen, daß die Zentralverbände als die gewerkschaftliche Vertretung der deutschen Arbeiterklasse angesehen werden müssen, neben der die anderen beiden Organisationsgruppen hinsichtlich der Mitgliederzahl, als auch der finanziellen Leistungsfähigkeit keine große Rolle spielen. Diese Leistungsfähigkeit der Zentralverbände übertrifft die der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften und der christlichen Gewerkschaften aber nicht nur in den absoluten Zahlen, sondern auch bei der Berechnung der Aufwendungen für gewerkschaftliche Zwecke pro Kopf der Mitglieder, wie nachfolgende Aufstellungen zeigen. Es voraus-

die gewerkschaftlichen Zentralverbände sich mit Hilfe hoher Lokalbeiträge hohe Durchschnittssätze an Unterstützungen pro Kopf der Mitglieder berechnen, folgenden Sätze: „Zudem müssen mit dieser bloßen mammonistischen Agitation geradezu die ideellen Triebkräfte in der Gewerkschaftsbewegung erstickt werden. Der christlichen Gewerkschaftsbewegung kann auf die Dauer wohl kaum mit dieser Art Agitation geschadet werden.“ Und weiter: „Und mit einem Nadel an höheren Unterstützungen kann fürwahr nicht die Art an die Wurzel der christlichen Gewerkschaften gelegt, wohl aber ganz bedenklich gegen die Gewerkschaftsaufgaben und die ureigensten Interessen der Arbeiter gesündigt werden. Der sozialdemokratische Metallarbeiterverband, der sich als die stärkste Arbeiterorganisation der Welt ausspiekt, mußte in den letzten Jahren fast allen größeren Kämpfen ausweichen, weil leere Kassen bei ihm ein ständiges Kapitel bilden. Man braucht den Streit nicht als Mittel zu anzuwenden und wird trotzdem an der Tatsache nicht vorbeikommen, daß um die Mitwirkung der Arbeiter bei der Gestaltung der Arbeitsbedingungen und um die Anerkennung des Persönlichkeitswertes des Arbeiters wohl kein Gewerbe noch in solch schwere Kämpfe verwickelt werden wird, als die deutsche Metallindustrie. Und womit sollen diese angetragen werden? Mit radikalen Phrasen ist den Industriellen in der deutschen Metallindustrie nicht zu imponieren. Hier müssen, neben der Gewerkschaft, Massenorganisationen der Metallarbeiter mit eigener Selbstzucht, strenger Disziplin und gefüllten Organisationskassen ergänzend einsehen.“

Den Deutschen Metallarbeiterverband, der 1908 bei 360 099 Mitgliedern eine Einnahme von 33,40 Mt. (davon 27,81 Mt. an Verbandsbeiträgen, und einen Vermögensbestand von 16,34 Mt. pro Kopf der Mitglieder hatte, brauchen wir gegen diese Angriffe wohl nicht zu verteidigen, denn wir schreiben nicht für „Gläubige“, sondern für Leute, die in der Lage sind, sich ein eigenes Urteil zu bilden. Offenbar hat der christliche Metallarbeiterverband mit seinen 26 427 Mitgliedern, einer Einnahme von 25,50 Mt. und einem Vermögensbestand von 27 Mt. pro Kopf der Mitglieder die Aufgaben erfüllt, die der Sekretär des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften den Gewerkschaftsorganisationen nimmere zugewiesen wissen will. Dafür einen Nachweis zu erbringen, hütet sich der christliche Gewerkschaftsstatistiker, denn das Gegenteil müßte erwiesen werden. Der Deutsche Metallarbeiterverband vorausgabte im Jahre 1908 an Unterstützung für Streiks und Gemäßregelle 4,01 Mt. pro Kopf der Mitglieder, d. h. fast dreimal soviel wie der christliche Verband, der hierfür nur 1,45 Mt. pro Kopf der Mitglieder ausgab.

Noch das ist bei Beurteilung der christlichen Gewerkschaften nicht das Entscheidende, sondern die Wandlung, die sich bei diesen Organisationen vollzogen hat, verdient besondere Beachtung. Dieselben Organisationen, deren Leiter heute gegen die Unterstützungsrichtungen polemisieren und zum Kampf aufrufen, wollten bei ihrer Gründung von diesem nichts wissen. Die erste christliche Gewerkschaft, der am 28. Oktober 1891 gegründete Gewerkverein christlicher Bergarbeiter, beschloß als Mittel zur Erreichung seines Zweckes, nur anzuerkennen: „Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in Lohnfragen und bei berechtigten Wünschen und Beschwerden, Eingaben und Petitionen an die Werkleitungen, Bergbehörden, Regierung, Parlamente, befehlende und bildende Vorträge auf dem Gebiete der Berggesetzgebung, des Bergbaues und der Bestrebungen der Bergarbeiter in anderen Kiefern und Ländern.“ Von Kampf mit den Unternehmern war keine Rede, es wurde im Gegenteil ohne Widerspruch erklärt, daß der Gewerkverein keine Kampfsorganisation sein dürfe. Auf dem ersten Kongreß der christlichen Gewerkschaften (Mainz 1899) hatte man sich bereits soweit entwickelt, die Notwendigkeit der Arbeitseinstellung nicht völlig zu verleugnen. In den letzten Jahren, die dort beschlossen wurden, heißt es bezüglich der Taktik der Gewerkschaften: „Es ist nicht zu vergessen, daß Arbeiter und Unternehmer gemeinsame Interessen haben; darauf beruhend, daß beide Teile nicht allein als zusammenhängende Faktoren der Arbeit, der letzteren Rechte auf angemessene Entlohnung gegenüber dem Kapital, sondern vor allem die Interessen der Erzeugung von Gütern gegenüber dem Verbrauch derselben zu vertreten haben. Beide Teile beanspruchen mit Recht eine größtmögliche Verzinsung ihres in der Erzeugung von Gütern enthaltenen Kapitals: der Unternehmer seines Kapitals und der Arbeiter seiner Arbeitskraft. Ohne beides, Kapital und Arbeitskraft, keine Produktion. Darum soll die ganze Wirksamkeit der Gewerkschaften von vornehmlichem Geiste durchweht und getragen sein. Die Forderungen müssen maßvoll sein, aber fest und entschlossen vertreten werden. Der Zustand darf nur als letztes Mittel und, wenn Erfolg verheißend, angewandt werden.“ Welche eine friedliche Stimmung 1899 und nun nach einem Jahrzehnt der Kampfzeit, der Vorwurf gegenüber den Zentralverbänden, daß sie nicht genügend für den Kampf trästen. So ändern harte ökonomische Tatsachen die Ansichten und die Wandlungen der „Christlichen“ werden damit ihren Abschluß noch nicht gefunden haben. Es ist das eingetreten, was wir bei dem ersten Auftauchen der christlichen Gewerkschaftsbewegung sagten: Macht man erst den Arbeiter mit der gewerkschaftlichen Bewegung vertraut, so wird er auch bald lernen, den richtigen Gebrauch von ihr zu machen. Der Fortschritt, welchen in den letzten Jahren die Unternehmerorganisationen aufweisen, zwingt die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter wohl oder übel zur Kampfstellung, denn nur nach harten Kämpfen erfolgt die Anerkennung der Gewerkschaften und die Vereinbarung über die Lohn- und Arbeitsbedingungen und der Abschluß von Tarifverträgen.

Ueber die Arbeitgeberorganisationen lassen sich nach dem im statistischen Jahrbuch veröffentlichten Erhebungen des statistischen Amtes einige

Angaben machen. Auch diese Organisationen wären bei einer Darstellung der gewerkschaftlichen Bewegung nicht zu berücksichtigen, wenn es sich nicht darum handelte, zu zeigen, wie weit die Unternehmervereinigungen, welche den Kampf gegen die Gewerkschaften führen, sich entwickelt haben. Es werden gezählt zwei Zentralen (Verein deutscher Arbeitgeberverbände, Berlin, mit 32 500 Mitgliedern, und 1 450 000 bei diesen beschäftigten Arbeitern, und Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände, Berlin, mit 6144 Mitgliedern und 988142 bei diesen beschäftigten Arbeitern) mit 38 644 Mitgliedern und 2 438 142 bei diesen beschäftigten Arbeitern. Dann 46 sonstige Reichsverbände mit 144 400 Mitgliedern und 3 124 866 bei diesen beschäftigten Arbeitern. Es folgen 27 Arbeitgebervereine, die anderen Verbänden angegeschlossen sind, dann 37 berufliche Landes- und Bezirksverbände mit 13 394 Mitgliedern und 483 595 bei diesen beschäftigten Arbeitern, 40 berufliche Ortsverbände mit 1510 Mitgliedern und 40 218 bei diesen beschäftigten Arbeitern. Dann wird noch über gemischte Landes- und Bezirksverbände und gemischte Ortsverbände berichtet, doch werden diese bei der Schlußzusammenfassung nicht mit einberechnet. Diese zählt nur die anderen Verbänden nichtangeschlossenen beruflichen Reichsverbände, Landes-, Bezirks- und Ortsverbände, zusammen 118 mit 189 304 Mitgliedern und 3 648 679 bei diesen beschäftigten Arbeitern. Jedenfalls sind hierzu die beiden Zentralstellen mit 22 angeschlossenen Reichsverbänden, 27 Landes- und Bezirks- und 36 Ortsverbänden, die zusammen 38 644 Mitglieder haben, bei denen 2 438 142 Arbeiter beschäftigt sind, hinzuzuzählen, so daß mit 203 Unternehmervereinigungen zu rechnen wäre, denen 197 948 Mitglieder angehören, die 6 086 821 Arbeiter beschäftigen. Ob es richtig ist, die den Zentralstellen angeschlossenen Vereine mit den anderen genannten Vereinigungen zu summieren, läßt sich nicht sagen. Möglicherweise ergibt diese Summierung Doppelzählungen, und ist wohl aus diesem Grunde die Gesamtzusammenfassung im statistischen Jahrbuch unterblieben. Diese Zahlen werden, auch wenn sie in ihrem Endergebnis zu hoch sein sollten, der Arbeiterschaft Deutschlands zeigen, welche Macht den Gewerkschaften in den Unternehmervereinigungen gegenübersteht. Diese aber sind klein genug, ihre Kräfte nicht in christlichen, liberalen oder sozialdemokratischen Vereinen zu zerpfücken, sondern in ihnen ist der Christ mit dem Atheisten und den Juden oder Heiden sich darin einig, daß die aufwärtsstrebende Arbeiterklasse niedergehalten werden muß. In der Arbeiterschaft aber finden sich immer wieder Elemente, die es für zweckdienlich halten, die Arbeiter nach ihrem religiösen oder politischen Bekenntnis auseinanderzuorganisieren und Massen der deutschen Arbeiter mangelt es an der Erkenntnis, daß ein solches Beginnen nur den Interessen der Unternehmer dient und die Arbeiterklasse auf das Tiefste schädigen muß. Da die Arbeiter aber nicht aus eigenem Antriebe, sondern beeinflusst durch außerhalb ihrer Reihen stehende zu dieser Trennung gekommen sind und dieser Einfluß andauert, so wird auch jeitens der Zentralverbände in der gleichen Weise wie bisher weiter gearbeitet werden müssen. Hat auch das Jahr 1908, wie von vornherein zu erwarten stand, uns keinen Fortschritt in der äußeren Entwicklung der Zentralverbände gebracht, so ist in der harten Zeit der Krise doch ihre innere Festigung fortgeschritten. Die Kraftprobe, welche unsere Verbände in den letzten beiden Jahren zu bestehen hatten und die sie gut überstanden haben, gibt uns die Zuversicht, daß sie in den nächsten Jahren sich immer mehr zu einer Schutzwehr und zu einem Hort für die Arbeiterklasse entwickelt werden.

Der Anstellungsvertrag des Einkassierers.

Durchstreift man gelegentlich den Arbeitsmarkt in bürgerlichen Zeitungen, so findet man, daß fast all-täglich Einkassierer „gute, angenehme und dauernde Stellung“ erhalten, wenn sie in der Lage sind, Kau-tion stellen zu können.

Nicht allein Arbeitslose, sondern auch Leute, die sich in guten festen Stellungen befinden, ergreifen nun fangs, die Feder und bewerben sich, denn man stellt sich den Beruf als Einkassierer immer so vor, als wäre er das Himmelreich auf Erden. Derjenige, der diesen Beruf mit seinen Licht- und Schattenseiten nicht kennt, denkt sich die Tätigkeit als Einkassierer wie folgt: Morgens um 8 Uhr nimmt man sein Spagier-stöckchen, das Louren- und Markenbuch und geht dann gemächlich von Kunden zu Kunden, wird überall mit der größten Höflichkeit empfangen und erhält dann die bestimmte Kote. So geht es weiter bis zur Er-lebigung der Lour. In Wirklichkeit sieht die Sache aber anders aus. Zunächst sei festgestellt, daß der Kassierer, ganz speziell aber der Abzahlungskassierer, sobald er beim Kunden erscheint, im Stillen ver-wünscht und verflucht wird. In vielen Fällen wird ihm von Seiten der Kundschaft erst gar nicht geöff-net und er muß mehreremal die Treppen vergebens klettern. Außerdem ist er die sogenannte Beschwerde-stelle. Er wird dafür verantwortlich gemacht, wenn die Firmen schlechte Sachen geliefert haben, ihm wird ganz einfach erklärt, daß nicht weitergezahlt wird, wenn die liefernde Firma die Schäden nicht inner-halb kurzer Frist ausbessern läßt oder tadellose Ware liefert. Die Firmeninhaber kümmern sich aber recht wenig darum, ob dann die Beschwerden, welche der Kassierer anbringt, auch erledigt werden. Selbst Be-schwerden, welche die Kundschaft schriftlich einreicht, wandern in vielen Fällen in den Papierkorb. Kommt der Kassierer nun wieder zum Kunden, so hat er nichts zu lachen, erstens bekommt er kein Geld und zweitens die größten Grobheiten zu hören. Er mel-det der Firma, der Kunde zahlt nicht. Es folgen dann ein paar Mahnbriefe nach Schema F., die heute niemand mehr ernst nimmt; helfen dieselben nicht, dann erfolgt die Klage. Der Kassierer hat nun die

Rechtsschutz und Unterstützungen insgesamt:

	Organi-sationen	Mit-glieder-zahl	Mt.	pro Kopf
Zentralverbände	60	1 831 731	20 004 767	10,92
H.-D. Gewerkv.	20	1 056 633	406 318	3,85
Christl. Gewerkv.	22	264 519	976 393	3,69
<b>Streiks und Aussperrungen:</b>				
Zentralverbände	60	1 831 731	6 259 662	3,42
H.-D. Gewerkv.	20	1 056 633	130 340	1,23
Christl. Gewerkv.	22	264 519	424 992	1,61
<b>Arbeitslosen- und Reiseunterstützung:</b>				
Zentralverbände	57	1 797 100	9 318 741	5,19
H.-D. Gewerkv.	15	101 687	306 309	3,01
Christl. Gewerkv.	14	192 443	134 453	0,70
<b>Arbeitslosenunterstützung:</b>				
Zentralverbände	43	1 314 243	8 134 388	6,19
H.-D. Gewerkv.	15	101 867	288 068	2,83
Christl. Gewerkv.	14	192 443	134 453	0,70

Bei Beurteilung dieser Zahlen muß man berücksichtigen, daß die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften jahrzehntelang den auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Gewerkschaften den Vorwurf machen, daß sie Kampfsorganisationen seien, während sie, die Gewerkschaften, in erster Linie dafür sorgen, den Mitgliedern in persönlicher Notlage Hilfe in Form von Unterstützungen zu gewähren. Mit dem gleichen Feldgeschrei traten die christlichen Gewerkschaften auf den Kampfplatz, nicht um gegen das Unternehmertum, sondern gegen ihre in den gewerkschaftlichen Zentral-verbänden organisierten Arbeitsgenossen zu kämpfen. Es war für die Zentralverbände allerdings nicht mög-lich, während der Zeit des Sozialistengesetzes und auch viele Jahre nach Fall des Gesetzes unter der Polizeiwilktür ihre Aufgaben voll zu erfüllen. Raum aber bot sich ihnen die Möglichkeit ruhiger Entwicklung, so ließen sie die anderen beiden Organisationsgruppen auch auf dem Gebiete der Unterstützungsrichtungen weit hinter sich. Der in den letzten Jahren in der Gewerkschaftsstatistik hierfür erbrachte Nachweis schmerzte die Leitungen der anderen beiden Organisationsgrup-pen aufs tiefste. Wurde ihnen doch dadurch der wich-tigste Stoff für ihre Agitation gegen die gewerkschaft-lichen Zentralverbände entzogen. Die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften glaubten, die unheilsame Situation durch ein statistisches Manöver für sich günstig gestalten zu können. Sie stellten die Einnahmen und Ausgaben der mit ihnen in Verbindung stehenden freien Hilfs-kassen als Einnahmen und Ausgaben der Gewerkschaf-ten in ihre Statistik ein. Sie mußten sich aber schon damit abfinden, daß die Arbeiterschaft in Deutschland geistig zu weit vorgeschritten ist, um sich durch eine solche Schleichung täuschen zu lassen. Die christlichen Gewerkschaftsführer, wandlungsfähig, wie es Zentrums-christen geziemt, wenn der Zweck erreicht werden soll, kommen zu der gegenteiligen Auffassung über den Zweck der Gewerkschaftsbewegung, als sie bei Einsetzen der christlichen Gewerkschaftstätigkeit vertreten wurde. In dem Bericht über die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1908 lesen wir, nachdem den gläubigen Christ-lichen Gewerkschaftsmitgliedern vorgegeschwindelt ist, daß

Schuld an allem. Auf ihm wird Holz gehackt, vom Kunden sowohl als auch von der Firma, wenn er zu wenig Geld bringt.

Der sich nun um eine Einfassierstelle Bewerbende, ist nun nicht wenig erstaunt, wenn er auf Grund seines Schreibens einige Offerten von Stellenvermittlern bekommt. Geht er nun hin, so muß er sich dort einschreiben lassen, die Gebühr hierfür beträgt 3 Mk. und mehr. Stellung erhält er aber in den seltensten Fällen. Anders verhält es sich, wenn die Firmen selbst inserieren. Hat der sich Bewerbende alle die guten Eigenschaften, die ein Einfassierer besitzen soll und muß, so wird er zur Vorstellung befohlen. Es wird ihm nun klar gemacht, daß er eine Vertrauensstellung bekleiden soll, er insollgedessen eine Kaution stellen muß. Auch sichert man ihm zu, daß ein schriftlicher Vertrag abgeschlossen werden soll, damit jede der Parteien sich seiner Rechte und Pflichten vergegenwärtigen kann.

Nachstehend bringen wir einen derartigen Vertrag zum Abdruck, um unseren Kollegen ein Bild zu geben von der überaus „glänzenden Stellung“ eines Einfassierers.

Berlin, den 3. Juli 1909.

Herrn Emil Halbarth

in Berlin.

Ich bestätige, daß ich von Ihnen unter nachstehenden Bedingungen als Einfassierer und Verkäufer für Ihr Geschäft in Berlin engagiert bin.

Es ist von mir in einem von Ihnen zu bestimmenden Distrikt das Inkasso gewissenhaft und nach Vorschrift zu besorgen, doch dürfen die den Kunden zu ertheilenden Quittungen von mir nicht schriftlich gegeben werden, sondern nur in solchen Coupons (Kontroll-Marken), die ich zu diesem Zwecke von Ihnen empfangen; für alle ausgegebenen oder fehlenden Kontroll-Marken bin ich verantwortlich. Außer dem Inkasso übernehme ich die Verpflichtung, mich dem Absatz Ihrer Nähmaschinen nach Kräften zu widmen.

Sie gewähren mir:

- a) eine Entschädigung von Mk. 15 pro Woche, geschrieben fünfzehn Mark, jedoch nur dann, wenn ich in der Woche mindestens eine Maschine für Sie verkauft habe.
- b) eine Inkasso-Provision von 3 pCt., geschrieben drei Prozent.
- c) eine Provision für jedes durch mich direkt abgeschlossene Geschäft.

Die letztgenannte Provision beträgt:

- 1. für Familien-, Langsch., Ringsch., Medium- u. Handw.-Maschinen . . . . . 15 pCt.
- 2. Handmaschinen aller Art und Nähmasch. unter Mk. 90 . . . . . 10 pCt.
- Spezialmasch., Schuhmachermasch., Fahrräder und sonst hier nicht genannte Maschinen . . . . . 10 pCt.

Alle Maschinen dürfen nicht höher in Zahlung genommen werden als Mk. 10.— Die Hälfte des Annahmewertes, sowie jeder Betrag, der Mk. 10.— übersteigt, wird von meiner Provision gekürzt. Es ist selbstverständlich, daß ich auf angenommene alte Maschinen keine Rechte habe und daß der Wert solcher Maschinen einer Barzahlung nicht gleichachtet wird.

Entschädigung und Provisionen werden wöchentlich am Sonnabend ausbezahlt, die Verkaufsprovision jedoch nur dann, wenn von dem Empfänger vor oder bei Ablieferung der Maschine die vorgeschriebene Kaution oder Anzahlung geleistet ist.

Ohne sofortige Kaution- oder Anzahlung dürfen Maschinen nicht geliefert werden. Wird hierin aus einem besonderen Grunde eine Ausnahme gestattet, steht mir ein Anspruch auf die Provision erst dann zu, wenn die Maschine voll bezahlt ist.

Wenn ein Geschäft von Ihnen zurückgewiesen oder annulliert, oder wenn eine Maschine nicht voll bezahlt oder aus irgend einem Grunde vom Käufer oder Mieter zurückgegeben oder zurückgenommen wird, so erlischt mein Anspruch auf Provision und habe ich die auf solche Geschäfte bereits empfangene Provision unverzüglich zurückzuerstatten.

Ich verpflichte mich, allen Ihren Bestimmungen Folge zu leisten und nur in dem Bezirk tätig zu sein, den Sie mir anweisen, Ihnen nur nachweislich sichere Kunden anzugeben, andernfalls aber die entstehenden Kosten unweigerlich zu ersetzen, sowie alle Geschäfte nur zu den von Ihnen festgesetzten Preisen und Bedingungen abzuschließen, im andern Falle ist die Differenz von mir selbst zu tragen und von meiner Provision bei der Auszahlung in Abzug zu bringen. Nur bei Comptant-Maschinen darf ich den festgesetzten Rabatt gewähren und erhalte trotzdem die Provision vom vollen Preise berechnet.

Ich erkläre, daß alle von Ihnen oder Ihren Angestellten behändigten Bücher, Druckfachen, Instruktionen, Schriftstücke, Muster zc. sowie alle von Ihnen oder Ihren Angestellten an mich gerichteten geschäftlichen Briefe, Rechnungen und Noten Ihr Eigentum sind und bleiben, daß ich bei meinem Austritt aus Ihrem Geschäft an Sie zurückzugeben habe.

Ich verpflichte mich, meine volle Tätigkeit ausschließlich Ihrem Geschäft zu widmen, niemals Nähmaschinen oder sonstige Waren anderer Fabrikanten oder Händler zu kaufen oder zu verkaufen, niemals andere Empfehlungskarten oder Druckfachen, als die von Ihnen gelieferten zu benutzen; ich verpflichte mich, niemals den Kunden unbegründete Versprechungen zu machen, namentlich nicht bei denselben den Glauben zu erwecken, als ob der Kaufpreis solcher Waren, die von mir gekauft oder bestellt sind, auf den Preis der Maschinen in Abzug gebracht würde.

Ich verpflichte mich, während der Dauer dieses Vertrages und während eines vollen Jahres, nachdem derselbe, sei es auf meine, sei es auf Ihre Veranlassung erloschen ist, innerhalb Berlins in keiner Weise, weder direkt noch indirekt für ein Geschäft tätig zu sein, oder selbst ein solches zu betreiben, das sich mit der Fabrikation oder mit dem Verkauf, Vermieten oder Verleihen von Nähmaschinen befaßt. Im Falle der Zuwiderhandlung gegen diese Bestimmung habe ich an Sie eine konventionale Strafe von Mark Sechszehnhundert (Mk. 1600) zu zahlen.

Ich habe Ihnen für alle Verpflichtungen aus diesem Vertrage, sowie zur Deckung etwaiger Retourneprovisionen oder sonstiger Forderungen irgend welcher Art an mich, eine Kaution von Mk. 1600.— zu stellen, welche in Ihren Händen verbleiben soll, bis sämtliche durch mich verkauften, resp. vermieteten Maschinen ausbezahlt sind, mindestens aber ein volles Jahr, nachdem ich aus Ihrem Geschäft geschieden bin, und sollen Sie berechtigt sein, sich aus derselben ohne gerichtliches Verfahren durch Verkauf der deponierten Wertpapiere, Sparkassensbücher oder dergl., beziehentlich durch Zurückbehaltens des hinterlegten baren Geldes, sowie aus der mir etwa an Sie zustehenden Forderung für Provision bis zur Höhe der vorgenannten Summe schadlos zu halten. Soweit die Kaution nicht bei meinem Eintritt gestellt ist, ist dieselbe von mir in Katen und zwar in der Weise zu hinterlegen, daß mir von der Verkaufsprovision nur vier Fünftel ausbezahlt werden, das verbleibende ein Fünftel wird mir bis zur Höhe der Kautionssumme auf Kautionskonto gutgeschrieben.

Die Verzinsung der in Provisionsraten hinterlegten Kaution kann erst dann eintreten, wenn sie die Höhe von Mk. 1000 erreicht hat.

Ich werde darauf achten, daß mir über die von mir hinterlegte Kaution eine von Herrn Emil Halbarth persönlich unterzeichnete Quittung eingehändigt wird. Eine andere Quittung soll für Herrn Emil Halbarth rechtsverbindlich nicht sein. Ausgenommen hiervon sind die Kautionsraten, die aus den Provisionen herrühren.

Eine Cession der Kaution oder eines Teiles derselben an andere Personen ist nicht zulässig, eine solche braucht von Ihnen nicht anerkannt zu werden.

Die Parteien haben vereinbart, daß in betreff aller sich auf dieses Engagementsverhältnis beziehenden Streitigkeiten und Klagen ausschließlich das Amtsgericht Berlin I zuständig sein soll.

Dieses Engagement kann sowohl von mir als von Ihnen nach vorhergehender vierwöchentlicher Kündigung jederzeit aufgehoben werden. Durch Abschluß eines neuen schriftlichen Vertrages sind alle früheren Verträge und Vereinbarungen erloschen.

**Achtungsvoll**

- Vor- und Zunamen . . . . .
- Geburtsort u. Datum . . . . .
- Jetziger Wohnort . . . . .
- Straße u. Hausnummer . . . . .

Derartige Verträge wagt man im Jahrhundert des Fortschritts den Arbeitern noch vorzulegen. Aber man darf sich nicht wundern, denn bis vor kurzer Zeit wies die dort Beschäftigten jede Anregung zwecks Verbesserung der Lebenslage zurück, von der Organisation wollten dieselben nichts wissen. Bemerkenswert ist, daß die Firma die Fabrikate der Nähmaschinenfabrik von Seidel u. Raumann in Dresden vertreibt. Diese ist als Schraffmacherin unter der dortigen Arbeiterschaft verschrien und allen organisierten Kollegen ist wohl bekannt, daß die Firma Seidel und Raumann ihre gesamten Arbeiter wochenlang aussperrte, weil diese sich nicht das Fell wollen über die Ohren ziehen lassen.

Die horrenden Bezahlung — 15 Mk. — pro Woche bei einer Kaution von 1600 Mk. muß auch niedriger gehängt werden. Da muß ja ein grundehrlicher Mensch zum Spitzhaken werden. Was würde der „Königliche Hoflieferant Herr Halbarth“ sagen, wenn man seine Tätigkeit auch nur mit 15 Mk. pro Woche bewerten würde. Er müßte seinen Schmachtrienem aber gewaltig anziehen, wenn er so wie mancher seiner Angestellten von dem Durchschnittsverdienst — 19—20 Mk. — noch Frau und mehrere Kinder ernähren sollte.

Auch die Konkurrenzklause ist eine den Arbeiter schikanierende Handhabung von Seiten einer so feinen Firma. Soll denn der Kassierer verhungern; verpflichtet sich die Firma etwa, den Kollegen auf „ein volles Jahr“ nebst Frau und Kinder zu ernähren, wenn er keine andere Stellung bekommt.

Nicht die Höhe der zu stellenden Kaution muß bedenklich wirken, wenn man bedenkt, daß die Kassierer jeden Abend abrechnen müssen, also höchstens 100 Mk. bares Geld täglich in den Fingern haben.

Daß man aber die Kaution auch ratenweise abzahlen kann, beweist, daß sich nicht genügend „Dumme“ mehr finden, die bei einem so erbärmlichen Wochenverdienst noch 1600 Mk. Kaution stellen. Weiter ist es unverständlich, weshalb die Firma die gestellte Teilkautions nicht verzinst. Steht die Firma auf so schwachen Füßen, daß sie die sauer verdienten Groschen ihrer Angestellten notwendigiger Weise braucht, als diese selbst? Güt kapitalistisch! Williges Betriebskapital.

Daß dieser „Königliche Hoflieferant“ es aber auch versteht, zu seinem Gelde zu kommen, beweist folgendes Schreiben, welches einer unserer Kollegen erhielt, nachdem er bereits längere Zeit mit der Firma nichts mehr zu tun hatte.

Herrn . . . . .

Sie stehen laut Provisionskonto für Retournmaschinen bei mir noch mit 48,75 Mk. belastet und fordere ich Sie daher hiermit auf, mir diesen Betrag innerhalb 8 Tagen zurückzuerstatten oder auch denselben durch Aufträge, die Sie zuführen, allmählich zu tilgen.

Sollten Sie weder das eine, noch das andere zu tun gewillt sein, werde ich mich veranlaßt sehen, nach Ablauf der vorgenannten Frist gegen Sie klagebar zu werden.

Hochachtungsvoll

Emil Halbarth, Königl. Hoflieferant.

Unser Kollege ließ die „gnädigst gewährte Galgenfrist“ von 8 Tagen ruhig verstreichen und harrete der Dinge, die da kommen sollten.

Nach kurzer Zeit bekam er einen neuen Schreibebrief folgenden Inhalts:

Herrn . . . . .

Da Sie trotz meiner Aufforderung, entweder die mir schuldige Retournprovision zurückzuzahlen, noch, wie ich es Ihnen freigestellte, Sie durch Verkäufe derselbe abverdienen, obgleich ich Ihnen nur einige Mark pro Maschine in Abzug gebracht hätte, sehe ich mich nunmehr veranlaßt, die Klage gegen Sie anzustrengen.

Hochachtungsvoll

Emil Halbarth.

Nun, verehrter Herr Halbarth, sollten Sie heute noch Appetit zum Klagen haben, dann bitte, unsere Kollegen sehen dem mit Ruhe entgegen, Sie holen sich aber auf jeden Fall den Schnupfen dabei.

Die Kollegenschaft erweist nun gewiß, aus dem Vertrage sowohl als auch aus den beiden Schreiben, in welcher rigorosen Weise auch die Unternehmer dieser Branche ihre Angestellten behandeln. Nichts als Pflichten, nur keine Rechte.

Soll dieses nun anders werden, dann Kollegen Einfassierer, hinein in den Deutschen Transportarbeiter-Verband. Solange ihr der Organisation gleichgiltig gegenübersteht, spielt der Unternehmer Fangball mit euch. Merkt derselbe aber, daß eine kräftige Organisation sich eurer angenommen hat, dann wird seinen Macht- und Unterdrückungsgelüsten ein kleiner Dämpfer aufgesteckt. Also, Einfassierer Berlins, rafft eure Kraft zusammen, versucht mit dem bereits seit einigen Jahren kämpfenden kleinen Häuflein Hand in Hand zu gehen, damit derartige gegen die guten Sitten verstößenden Verträge aus der Welt geschafft werden. Bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen sind auch in unserem Berufe eine unbedingte Notwendigkeit, daher richten wir den Appell an euch, schließt euch der Sektion der Einfassierer an, mit Hilfe der organisierten Arbeiterschaft werden wir, müssen wir unser Ziel erreichen.

**Die „Arbeitergroßen“ in der Verbrauchsstatistik.**

Büßt man das Dichterwort, daß die Erde Brots genug trägt, an der Hand der Statistik, so hält dies Wort heute Stand, auch wenn man den Begriff des Brotes „im allerweitesten Sinne“ nimmt. Halten wir uns vorab an die einheimischen vegetabilischen Nahrungsmittel, so tritt ein langamer, jedoch merkbarer Wandel im Bedarf der Getreidearten zutage. Während die Menge des zum Verbrauch für menschliche und tierische Ernährung, sowie für gewerbliche Zwecke im Deutschen Reich zur Verfügung stehenden Roggens unter steten Schwankungen allmählich sinkt, ist anderes Getreide stärker auf den Markt gekommen. Von Juli bis Juni gerechnet, waren auf den Kopf der Bevölkerung vorhanden an Roggen im Jahre 1893/1894 noch 158 Kilogramm, im Jahre 1907/1908 hingegen nur 142,4 Kilogramm. Die Menge des Weizens hingegen vermehrte sich im selben Zeitraum — ebenfalls unter mannigfaltigen Schwankungen — von 83,2 auf 90,7 Kilogramm, die der Gerste von 63,9 auf 86,3 und die des Hafers, von 1894/95 ab gerechnet, von 120,7 auf 131,5 Kilogramm.

Stabil zu bleiben scheint der Bedarf an Kartoffeln, wofür im Durchschnitt der erwähnten 15 Jahre pro Kopf 598,7 Kilogramm zur Verfügung standen; doch schwankte hier die vorhandene Quantität in den einzelnen Jahren fast unheimlich, nämlich von 496,5 Kilogramm im Jahre 1896 bis zu 732,4 Kilogramm im Jahre 1901 hinauf.

Wollen wir aus dem Bedarf auf Änderungen in der Lebensweise der Bevölkerung schließen und weiter hieran die Umwandlung des Deutschen Reiches vom Agrarstaat zum Handels- und Industriestaat verfolgen, so müssen wir den Jahresverbrauch der bekanntesten ausländischen Waren in Berechnung ziehen. Zu diesem Zweck geht uns das soeben im 30. Jahrgang erschienene „Statistische Jahrbuch für das Deutsche Reich“ mit Zahlen zur Hand, die sich auf einen längeren Zeitraum erstrecken.

Es wurden verbraucht im deutschen Zollgebiet auf den Kopf der Bevölkerung:

	1836/40	1876/80	1908
Baumwolle . . . . .	0,34	2,86	6,79
Ausland. Gewürz . . . .	0,05	0,12	0,20
Rohes Kaffee . . . . .	1,01	2,33	3,03
Reis . . . . .	0,18	0,66	2,53
Süßfrüchte . . . . .	0,06	0,61	3,07
Petroleum . . . . .	—	5,40	17,97

Diese Zahlen zeigen, wie die Bedürfnisse der Massen sich unter den Einwirkungen der Weltwirtschaft kompliziert haben, und wenn wir nun noch in Kürze erwähnen, daß der Zuckerverbrauch von 5,8 Kilogramm jährlich in den Jahren 1876/81 auf 17,1 Kilogramm im Jahre 1908 gestiegen ist, so tritt der Wandel umso schärfer zutage. Freilich sind alle diese

Zahlen noch beschreiben, wenn wir uns den Mehrverbrauch der beiden Waren vor Augen führen, auf denen in Wahrheit der ganze moderne Industriestaat errichtet ist. Der Verbrauch von Roh Eisen stieg pro Kopf der Bevölkerung von 51,4 Kilogramm im Durchschnitt der Jahre 1876/80 auf 208,9 Kilogramm im Jahre 1907. Im selben Zeitraum hat sich der Verbrauch an Steinkohle auf den Kopf der Bevölkerung berechnet von 850 Kilogramm auf 2196 Kilogramm, und der Braunkohlenverbrauch von 320 Kilogramm auf 1147 Kilogramm gehoben. Das sind gigantische Zahlen, die den Vormarsch der kapitalistischen Kultur drastischer kennzeichnen als lange Abhandlungen dies vermögen.

Ein kleiner Abstecker ins Moralische möge uns bei dieser Betrachtung noch gestatten sein. Hört man gewisse Pfaffen des Kapitalismus schwagen, so sind Ausgeschweifungen das Kennzeichen des modernen, sozialistisch verneinten Industriearbeiters. Die Statistik zeigt uns, wie häßlich dies Geschwätz ist. Bier, Branntwein und Tabak sind bekanntlich nach Bismarck die Luxusartikel des armen Mannes. Von 1900 bis 1908 ist der Branntweinverbrauch pro Kopf der Bevölkerung von 4,4 auf 3,8 Liter, der Bierverbrauch von 125 auf 118 Liter zurückgegangen, und ebenso hat sich seit 1896 der Tabakverbrauch von 1,8 Kilogramm auf 1,6 Kilogramm verringert. So viele Probleme uns die kapitalistische Entwicklung auch zu lösen aufgibt, die eine Sorge um die Verwendung der in der Kapitalisproh verdienten Arbeitergrößen sollte gewissen Volksfreunden keine schlaflosen Nächte mehr bereiten!

**Aus unserem Beruf.**

**Automobilführer.**

Berlin. In einer unserer letzten Nummern sind wir auf die neue Verfügung des Ministers der öffentlichen Arbeiten und des Inneren zu sprechen gekommen, wonach die Polizeibeamten durch genaue Signale die angeblich zu schnell fahrenden Kraftfahrzeugführer auf das vermeintliche Uebermaß der Schnelligkeit hinzuweisen haben.

Durch diese Polizeiverordnung soll endlich damit gebrochen werden, daß die Kollegen längere Zeit nach einer solchen angeblich verübten Missetat plötzlich eine Anzeige bekommen, ohne von der Sache überhaupt nur das Geringste zu wissen und daß sie infolgedessen dann überhaupt meist nicht in der Lage sind, irgendwelches Beweismaterial gegen die Geschwindigkeitschätzungen der Polizeibeamten beizubringen.

Auch in anderer Beziehung scheint es jetzt endlich den Herren in der Polizeiverwaltung zu tagen. Bei einer kürzlich stattgehabten Strafverhandlung gegen einen Chauffeur ergab sich wieder einmal das alte leidige Bild, daß der als Zeuge geladene Schutzmann feix und fest eine ungeheuerliche Fahrgehwindigkeit des Angellagten behauptete, während dieser von der ganzen Sache keinerlei Kenntnis hatte, da der Schutzmann sich beim Aufschreiben nicht bemerkbar gemacht, vielmehr sich sogar hinter einen Baum im Tiergarten versteckt hatte, und da der betreffende Kollege das Strafmandat erst lange nach der angeblich verübten Tat erhielt.

Der Kollege bestritt deshalb mit Recht, zur Sache überhaupt identisch zu sein, und der Verteidiger hielt eine Verwechselung der Wagennummer des Kollegen beim Aufschreiben durch den Schutzmann für höchst wahrscheinlich. Auf die Frage des Verteidigers, welche Farbe denn der Wagen des Angellagten gehabt habe, erklärte der Schutzmann, er wisse das nicht. Er bemerkte aber weiter: In Zukunft hätten die Schutzleute beim Aufschreiben der Geschwindigkeit allerdings immer auch sonstige Angaben, namentlich über die Farbe und etwaige Beschaffenheit des Wagens sich zu notieren. Der Polizeipräsident habe nämlich ganz kürzlich eine entsprechende Verfügung erlassen.

Diese allerdings schon längst erforderlich gewesene Verfügung erscheint uns nicht minder wichtig, als die eingangs erwähnte Verfügung des Ministers des Inneren und des Ministers der öffentlichen Arbeiten. In zahlreichen Fällen ist den Kollegen zwar schon jetzt tatsächlich der Nachweis gelungen, daß ein aufgeschriebenes Automobil sich zurzeit der Notierung seitens des Schutzmannes überhaupt nicht im Betrieb befunden hat, daß also auf Seiten des Schutzmannes unbedingt eine Verwechselung vorgelegen haben muß. Solche Nachweise glücken aber höchst selten. Kommt nun im einzelnen Fall hinzu, daß der Schutzmann das fragliche Automobil in einer ganz falschen Farbe schildert, so ist der Nachweis, daß er sich in der Nummer geirrt hat, um einen ausschlaggebenden Punkt gefördert. Das kann dem Kollegen aber naturgemäß nicht nur beim angeblich zu schnellen Fahren, sondern auch bei allen sonstigen Verbrechen, die gegen die Droschken- und Straßenordnung begangen werden können, nützen, und darin eben liegt der besondere Wert dieser verständigen Verfügung.

München. Die Münchener Chauffeure stehen nunmehr drei Wochen im Kampfe, ohne daß eine wesentliche Veränderung in der Situation eingetreten wäre. Die Arbeitgeber konnten bis heute noch keine Arbeitswillige erhalten, trotz der größten Anstrengungen. Ein Teil der Prinzipale haben ihre Hoffnung bereits aufgegeben und erklärten, lieber die Wagen bis Ende des Streiks stehen zu lassen, als sie ungelübten Händen anzuvertrauen. Sie könnten das um so leichter machen, als der Arbeitgeberverband pro Tag und Wagen 8 Mk. Entschädigung bezahlt. Hoffentlich stehen diese Gelder nicht wie vergangenes Jahr aus der Innungskasse, denn sonst könnte wieder der Fall eintreten, daß die gesamten Unterstützungen wieder zurückgezahlt werden müssen. Die Automobilbetriebsgesellschaft hat nun wieder nur mehr einen Streik-

brecher, nachdem sich der im letzten „Courier“ mit dem Epitheton der „Kropfede“ bezeichnete Kollege dem Streik angeschlossen hatte.

Auch mit den übrigen Arbeitswilligen haben die Prinzipale sehr wenig Glück. Die Firma Deiter hat nimmerehr auch den Arbeitswilligen Rechner an die Luft befördert, nachdem er zwei Autos durch Unfahren auf Wochen dienstuntauglich gemacht hatte. Ein Wunder, daß ihm seitens der Behörde der Fahrchein noch nicht entzogen wurde. Auch die Versicherung dürfte für den Schaden kaum aufkommen, da nachgewiesen werden kann, daß er jeden Tag von früh 9 Uhr bis nachts 1 Uhr fährt. Gegenwärtig macht er mit dem Schnauferl der Firma Köfller die Straßen unsicher. Daß in Arbeitsbereichen nicht alles so in Ordnung ist, wie es scheinbar hingestellt wird, beweist die Mär, die verbreitet wird, der Streik würde noch in dieser Woche abgebrochen. Man hofft jedenfalls durch dieses Manöver die Organisation zu sprengen. Die Herren Scharfmacher werden aber eines anderen belehrt werden. Ist auch der Kampf schwer und heiß, die Chauffeure haben die Feuerprobe bestanden und werden nicht eher ruhen, als bis ihre gerechten Forderungen anerkannt sind.

Bis jetzt haben 43 Firmen mit 50 Wagen die Forderungen unterzeichnet. Das ist schon nahezu die Hälfte der am Orte befindlichen Firmen. Die Streikenden sind guten Mutes und sehen mit Zuversicht in die Zukunft.

**Droschkenführer.**

Hamburg II. hielt seine monatliche Mitgliederversammlung für die Kraftwagenführer am 5. August ab und am 12. August morgens und abends für die Tag- und Nachmittags. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken des verstorbenen Kollegen Hansen in üblicher Weise geüht.

Die Abrechnung vom Sommerurlaub ergab ein Defizit von 111,45 Mk. Das 2. Quartal schließt mit einer Einnahme von 11 751,02 Mk. und einer Ausgabe von 5163,10 Mk., mit einem Kasseebestand von 6587,12 Mk. ab. An die Hauptkasse wurden abgeführt: 3082 Mk., davon 1673,89 Mk. in bar und den Rest in Quittungen. Trotz Gründung des (gelben) „Verbandes Hamburger Droschkenführer von 1909“, welcher doch lediglich aus Abtrünnigen unserer Verwaltung besteht, haben wir eine Zunahme von 5 Mitgliedern und 55 Beitragswochen. 105 Kollegen waren 1210 Tage arbeitslos, davon wurden 515 Tage mit 590,81 Mk. unterstützt; krank waren 26 Kollegen zusammen 936 Tage, davon wurden 25 an 753 Tagen mit 817,63 Mk. unterstützt. Vom Arbeitsnachweis wurden 63 gemeldete Stellen besetzt, davon 35 für fest und 28 zur Ausschilfe.

In allen drei Versammlungen hielt ein Kollege einen interessanten Vortrag über den im Druck erscheinenden „Entwurf einer Reichsversicherungs-Ordnung.“ Redner gab einen Ueberblick über alle Änderungen und Neuerungen, mit welchen uns der in nächster Session jedenfalls zur Beratung gelangende Entwurf beglücken soll und kommt dabei zu der Ueberzeugung, daß der ganze Entwurf zu gunsten des Kapitalismus formuliert ist. Regierungsseitig wird versucht, die Selbstverwaltung der Krankenkassen zu stützen. Es scheint fast so, als ob man auf Drängen der Sozialdemokratie etwas schaffen wollte, indem jetzt auch Stall- und Fahrpersonal, Chauffeure und Reitknechte zur Unfallversicherung herangezogen werden; aber dieses „Etwas“ ist so gestaltet, daß wir es nur als eine Mißgestalt anerkennen können. Der ganze Entwurf zeigt reaktionäre Absichten; er geht darauf hinaus, die Sozialdemokraten aus den Verwaltungen hinauszudrängen; er schmälert in jeder Weise die Rechte der Arbeiter, während die der Arbeitgeber erweitert werden. Und dann 1793 Paragraphen, anstatt bisher 500! Ein solcher Entwurf entspricht nicht unseren Erwartungen! Deshalb Kollegen, bekämpft den Entwurf bei jeder Gelegenheit, agitiert gegen den Entwurf und werdet Mitglieder der Partei, deren Fraktion im Reichstage gegen die Entrenchung der Arbeiter kämpft.

Unter Verchiedenes weist Albrecht auf die Sammelbogen vom Karrell hin. Ein Antrag, 100 Mk. aus dem Lokalfonds für die Ausgesperrten in Schweden zu stiften, fand einstimmige Annahme. Der Vorsitzende wurde beauftragt, wegen des Anschlusses beim Cafe Heilmann mit dem Voriter Rücksprache zu nehmen, und wegen des Aufstellers der 2. Klasse beim Esplanade-Hotel zurzeit der Helgoländer Dampfer, bei der Behörde Einspruch zu erheben, daß dieser nicht mehr Recht eingeräumt werde, wie der 1. Klasse.

Die Kollegen wurden besonders darauf hingewiesen, bei Anträgen auf gerichtliche Entscheidung zur eigenhändigen Namensunterschrift im Bureau zu erscheinen. Nach Erledigung einiger Interna Schluß.

**Fensterpuher.**

Berlin. Sektionsversammlung am 18. August. Der Referent Genosse Uim führte in seinem Referat über die Lage der arbeitenden Klasse folgendes aus: „Vor einigen Jahren besuchte der Kaiser auf einer seiner vielen Reisen auch Breslau. Unter den Abgeordneten, welche ihn empfingen, war auch eine Deputation von Arbeitern. Bei der Ansprache mußten die erstauten Arbeiter hören, daß der Kaiser der Meinung war, die Hohenzollern hätten von jeher ein Herz für die Arbeiter gehabt. Diese hätten eine gesicherte Existenz bis ins hohe Alter hinein. Die Ratgeber des Kaisers scheinen ihn schlecht unterrichtet zu haben. So sind z. B. seit Jahren die Mühle für Obdachlose überfüllt; die Arbeitslosenzahl in diesem Jahre hat ungeheurer traurige Resultate ergeben. Der Unterschied zwischen Reich und Arm ist immer krasser geworden. Man braucht nur an die Willen der Herren Unternehmer in Wannsee, Schlachtensee etc. zu denken, welche noch dazu den größten Teil des Jahres leer-

stehen, da die Herren auch noch in Berlin eine „hochherrschastliche“ Wohnung haben, während andererseits Tausende und Abertausende von obdachlosen Proletariern nicht wissen, wo sie ihr müdes Haupt niederlegen sollen. Nun wird vielfach von unseren Segnern gesagt, wir wären zurzeit in einer Krise, die vorübergehen würde, und Krisen hätte es zu allen Zeiten gegeben. Das letztere mag stimmen, doch wurden in früheren Zeiten beim Eintritt einer Krise sämtliche Klassen der Bevölkerung getroffen, während heute alle Krisenlasten auf das Gros der arbeitenden Bevölkerung abwälzt werden. Bei den heutigen Verhältnissen ist eine Hungersnot, wie in früheren Zeiten, unmöglich, da Getreide etc. aus anderen Ländern auf dem schnellsten Wege beschafft werden kann. Heute sind die Speicher mit Vorräten gefüllt, die Magazine und Warenhäuser ebenfalls, nur der Arbeiter hat selten das Geld, sich auch nur das Nötigste zu kaufen; er kann es als ein Glück bezeichnen, wenn er nicht von dem Unternehmer auf die Straße gesetzt wird und gezwungen ist, unter Umständen für einen sogenannten Hundelohn zu arbeiten. Was schert es dem Unternehmer, wenn so und soviel Arbeiter verhungern? Er weiß ja, daß er zu jeder Zeit neue Kräfte erhalten kann. Sobald es sich die Arbeiter erlauben, eine Lohnerhöhung zu fordern, werden sie ausgeperrt, denn der Herr Unternehmer hat schon genug Arbeit im voraus leisten lassen. So sollen im Ruhrgebiet ca. 8000 Bergarbeiter dem Hunger überantwortet werden. Die Unternehmer behaupten, daß ihr Verdienst in den letzten Jahren herabgegangen sei, daß sie daher nicht imstande wären, den Arbeitern höhere Löhne zu zahlen. Redner weist durch reichhaltige statistische Zahlen nach, daß gerade das Gegenteil der Fall ist und bei allen größeren Unternehmungen die Dividende in den letzten vier Jahren ständig gestiegen ist. Das bedeutet in die Praxis übersetzt, daß trotz der verminderten Arbeiterzahl, durch den Druck, welcher auf die wenigen Arbeitenden ausgeübt wurde, der Nutzen der Unternehmer noch erhöht worden ist. Die Regierung spricht hierzu kein Wort; für sie ist der Arbeiter nur da, wenn es heißt Steuern zahlen. Im Jahre 1906 sagte der Abgeordnete Büsing bei der Steuerbewilligung, sie werde für alle Zukunft genügen; und was haben wir dieses Jahr erleb? 500 Millionen neue Steuern sind bewilligt, und als indirekte neue Steuern zum weitaus größten Teil dem ärmeren Teil der Bevölkerung aufgeschoben worden. Bei dem wahnwitzigen Wettrüsten ist es auch gar nicht anders möglich, als daß jedes Jahr neue Forderungen entstehen; die Kosten für Meer und Marine wachsen ins Ungeheure. Auf die Anfrage des englischen Unterhauses betreffs Einstellung des unheimlichen Wettrüstens gab die deutsche Regierung zur Antwort, daß sie sich darauf nicht einlasse. Gegen solche Zustände, Kollegen, kann man nur durch Entschlossenheit und Zusammenhalten etwas ausrichten. Ein Streichholz kann man leicht mit zwei Fingern zerbrechen, während dieses bei einer ganzen Schachtel zur Unmöglichkeit wird. Deshalb rate ich Ihnen, treten Sie der gewerkschaftlichen und politischen Organisation bei, nur dieses kann Ihnen helfen.“

In der Diskussion nahm zunächst der Kollege Diez das Wort und forderte gleichfalls die noch nicht organisierten Kollegen auf, sich dem Verbands anzuschließen. Bei seinen Ausführungen stellte er in sehr drastischer Weise ein Menil der Hofstall der arbeitslosen Nahrung eines Arbeitslosen gegenüber.

Darauf ergriff der Kollege Meinert das Wort und besuchte die näheren die Ungerechtigkeiten der Finanzreform. Nach dem Schluswort des Genossen Uim beantragte der Kollege Willmod, den freitenden Genossen in Schweden 30 Mk. aus der Fünfpfennigklasse zu bewilligen, was einstimmig angenommen wurde; ebenso wurde die Teller Sammlung des Abends im Betrage von 6,44 Mk. zu demselben Zweck bestimmt. Darauf wurde die vorzüglich besuchte Versammlung geschlossen.

Das Göttinger Unternehmerblatt hatte zu dieser Versammlung einen seiner Schmierfinken eingeschmuggelt. Dieser bekam es fertig, in dem schönsten Blatte die einzelnen Neben als eine fortgesetzte Majestätsbeleidigung darzustellen. Seinem erlogenen Bericht fügte der dunkle Ehrenmann dann noch folgende Denunziation an die Polizei bei:

„So sieht man wieder einmal, womit sich die „Herren“ Arbeiter in ihren Versammlungen beschäftigen. Das Kind muß jedoch einen Namen haben. Solche „Zusammenkünfte“ höchst zweifelhaften Anstriches sollten ohne weiteres von der Behörde geschlossen werden.“

Der größte Dump im ganzen Land ist bekanntlich der Denunziant. Und mit solchem Otterngezicht muß sich die Arbeiterbewegung herumschlagen.

**Handelsarbeiter.**

Augsburg. Ein Laubenschlag erster Güte ist das Unternehmen der hiesigen Wach- und Schließgesellschaft. Nach unserer Meinung hat eine solche Institution den Zweck, ihre Abonnenten vor Feuer sowie Einbruchgefahr möglichst sicher zu stellen. Soll diese Aufgabe erfüllt werden, so darf das Unternehmen nicht eine Durchgangsstation für momentane Arbeitslose werden, sondern dazu gehört vor allem ein ständiges geschultes Wächterpersonal, welches zu diesem keineswegs angenehmen Nachtdienst auch die nötige Entlohnung erhält. Mit einem schneidigen Direktor und noch schneidigeren Inspektor allein wird ein solches Unternehmen nie den Rang erreichen, welcher ihm nach der Größe der Stadt gebühren würde. Dazu muß das Wächterpersonal in der Hauptsache beitragen, um nicht nur die bisherigen Abonnenten zu erhalten, sondern durch pünktlichen und gewissenhaften Dienst neue zu erwerben. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen dürfte letzteres aber ziemlich ausgeschlossen sein, weil es dem Wächter bei dem jetzigen Lohne einfach unmöglich ist, jahrelang auszuhalten,

wenn er sich wirtschaftlich nicht vollständig rütieren will. Mit 80 Mk. monatlich ist heute wohl niemand imstande, sein Dasein zu fristen, wenn schon der Mietzins allein nahezu ein Drittel dieses wirklichen Hungerlohnes hinwegnimmt. Dazu kommt noch, daß der Wächter nicht nur bei Nacht, wo er im Dienste ist, essen und leben muß, sondern er muß auch am Tage nach dem nötigen Schlafe den hungernden Magen stillen. Zu allem Ueberflusse kommt noch, daß der Wächter seine Nachtmahlzeit nicht bei seiner Familie einnehmen kann, was wieder einer Verschlechterung seines Einkommens gleichkommt. Wohl ist in der Lohnaufstellung eine Steigerung bis zu hundert Mark pro Monat vorgesehen, aber erreicht hat diesen Satz bis heute noch kein Wächter, weil sie es nicht solange aushalten können, wenn sie nicht mit Frau und Kind verhungern wollen. Es scheint, daß dieser Höchstfuß auch nur als Lockbeiß dienen soll, denn bevor einer den Hundert erklimmt, wird ihm das Leben so eiter gemacht, daß er gerne darauf verzichtet und denselben Weg geht, den schon Tausende gegangen sind. Aber alles im Leben hat seine Grenzen und auch der Ausnützung der Wächter wird in Wäldern ein mächtiger Damm entgegen gesetzt werden können, wenn die Kollegen nicht ermbden, ihre noch unorganisierten Leidensgenossen unter den schützenden Arm des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes zu bringen. Zwei Drittel sind unserem Hause gefolgt. Der Rest muß noch geholt werden, damit der Spruch zur Wahrheit wird: Einigkeit macht stark.

**Berlin.** Die wirtschaftliche Lage der Berufs-kollegen nach Einführung der neuen Steuergeetze. So lautete das Thema, welches in der Monatsversammlung der Kellerarbeiter am 15. August ein Kollege vor einer zahlreichen Zuhörerenschaft in ausführlicher Weise behandelte. Wirtschaftliche Lebensfragen sind es, so führte der Redner aus, welche gegenwärtig die arbeitende Bevölkerung Deutschlands in die heftigste Empörung versetzt. Rund 400 Millionen Mk. neuer Steuern hat der Schnabtsblock des Reichstages, die Zinsen und das Zentrum, der Arbeiterschaft aufgebürdet. Anstatt durch eine gerechte Vermögens- und Erbschaftsteuer den schweren Millionenbesitz zur Deckung der Lasten des Militarismus und der Sozialpolitik kräftig heranzuziehen, haben es diese Nichtswitzverteiler fertig gebracht, durch die Erhöhung der Brauntwein-, Bier-, Tabaksteuern zc. eine dem Kulturinteresse des arbeitenden Volkes zuwiderlaufende Weltpolitik, für die herrschenden Klassen weiterzubetreiben. Eine Steuerpolitik, welche immer wieder den Konsum der besitzlosen Klasse durch Verbrauchsabgaben und Zölle bis ins Unerträgliche belastet, ist im Grunde zu verwerfen. Wird doch allein eine Arbeiterfamilie von fünf Köpfen durch die indirekten Steuern mit 60 Mk. pro Jahr belastet. Da diese ungeheure Mehrbelastung in einer Zeit der wirtschaftlichen Depression, der Arbeitslosigkeit und des Massenelends fällt, werden seine verheerenden Folgen für die arbeitende Bevölkerung besonders verschärft. Fürwahr, ein charakteristisches Spiegelbild des Klassenstaates! Unsere Kollegen Kellerarbeiter und Kutscher werden unter diesen Verhältnissen besonders leiden. Der Rückgang des Konsums wird neben Arbeitslosigkeit eine Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Gefolge haben. Der natürliche Selbsterhaltungstrieb des Menschen sollte hier angeichts derartigen Ausblicke die Berufs-kollegen zu einer festen Kampfruppe zusammenschweißen. Durch die Organisation muß eine Verschlechterung unserer Lebenslage abgewehrt, eine Besserung derselben erstrebt werden. Redner forderte auch die in großer Anzahl erschienenen, der Organisation noch fernstehenden Kollegen auf, aus dem heute hier Gelernten die Folgerung zu ziehen, und in Zukunft mit den Arbeitsbrüdern im Deutschen Transportarbeiter-Verbande vereint, Schulter an Schulter den Kampf gegen alle Ausbeutung aufzunehmen. Die Diskussion bewegte sich im zusammenfassenden Sinne. Zum Beweise des Solidaritätsgefühls mit den ausgeperrten und im Generalfreil stehenden schweidischen Arbeitsbrüdern, wurde die Summe von zehn Mark für die letzteren gestiftet.

Nachdem der Versammlungsleiter auf die am Sonntag, den 24. Oktober, stattfindende große Agitationsversammlung mit anschließendem Unterhaltungsabend und Langtranzschen aufmerksam machte, erfolgte Schluß der imposanten Versammlung.

**Düsseldorf.** Eine außerordentliche Hausdiener-versammlung tagte am 27. v. Mts. Die Tagesordnung lautete:

1. Die fortgesetzten Maßregelungen bei der Firma L. Tiez und welche Stellung nehmen die organisierten Arbeiter dazu ein. Es wurde eine Bureauwahl vorgenommen. Zum ersten Punkt der Tagesordnung nahm der Gauleiter das Wort. Den größten Teil seiner Ausführungen nahm die Wiedergabe der mit der Firma L. Tiez in den letzten Tagen gepflogenen Unterhandlungen in Anspruch. Nachdem es vor etlichen Wochen die Firma ablehnte, die Lohn- und Arbeitsbedingungen der bei ihr beschäftigten Handelsarbeiter tariflich zu regeln und uns ehrenwürdig bestätigte, sie würde keineswegs dem Transportarbeiter-Verbande bei seinem Bestreben, das gesetzlich garantierte Koalitionsrecht seiner Mitglieder zu bewahren, hinderlich sein, waren wir so gutmütig, diese Versicherung als aufrichtig gemeint hinzunehmen. In der vorigen Woche hat die Firma durch zwei neue klarliegende Maßregelungen mit voller Deutlichkeit bewiesen, was die organisierte Arbeiterschaft von Verschönerungen dieser modernen Unternehmer zu erwarten hat.

Unser Vertrauensmann verlas bis zum 23. d. Monats den Posten eines Portiers zur vollen Zufriedenheit seiner Vorgesetzten in dem neuen Warenhaus. Vor 14 Tagen noch ließ der Personalchef, Herr Pntus, unseren Kollegen B. zu sich rufen und erklärte ihm, er wäre mit seinen Dienstleistungen voll-

kommen zufrieden, er hätte sowohl an seiner Person wie auch an seiner Arbeit nichts auszusetzen und beim nächsten Zahlung würde er eine Lohnzulage erhalten. Was auch geschah. Nachdem verzeigte Herr Pntus und das Kommando führte der Herr Inspektor Grzymbowsty, ein ausgesprochener Gegner der Arbeiter-Koalition. Dieser richtete an unseren Kollegen B. am Montag früh die Aufforderung, er solle von da ab von seinem Portierposten zurücktreten und die schwerste Hausdienerarbeit verrichten, die es im Geschäft gibt. Durch zwei ärztliche Atteste brachte unser Kollege den Nachweis, daß es ihm, seines kränklichen Zustandes wegen, nicht gestattet sei, schwere Arbeit zu verrichten und er wäre sich auch außerdem seiner Schuld bewußt, die das Vorgehen der Firma rechtfertigen könnte, ihn von dem bevorzugten Posten eines Portiers wegzukommandieren. Doch alle Einwendungen waren nutzlos, denn es war im „hohen Rate“ schon in der vorigen Woche der Nachfolger bestimmt und diesem bereits die Portieruniform angemessen, resp. angefertigt worden. Die Sache war perfekt, und in der Tat ließ Herr Alfred Tiez seinen Inspektor nicht lange aufwarten und verfügte selber die Entlassung unseres Kollegen.

Der zweite Fall einer Maßregelung seitens des Kollegen R., Vorsitzender der Zahlstelle, war durch die Nachtrationen von Seiten der Firma veranlaßt. Infolge der Verhältnisse, die sich bei Herrn Tiez mit seinen anhaltenden Matgebern nicht möglich war, und nicht einmal der Versuch unternommen wurde, die Organisationszugehörigkeit des betreffenden Kollegen als Grund der Vertlosmachung gelten zu lassen. Die Düsseldorf. Elektr. Mobil-Gesellsch. stellt Chauffeure, Garage, Strom zc. für die Tiez'sche Geschäftsaufmobile. Von der genannten Gesellschaft wurde unser Kollege als Chauffeur für einen der Tiez'schen Wagen engagiert. Der Kollege trat an einem Montag, wo Kollege W. entlassen wurde, seinen Dienst bei Tiez an. Am Dienstag, als Kollege R. zur Garage kam, wurde ihm von Seiten des Geschäftsführers sofort die Mitteilung: Tiez hat telephoniert, Sie sind Vorsitzender des Verbandes der Transportarbeiter und er will Sie nicht haben.

Der Gauleiter und Kollege R. wurden am nämlichen Tage noch vorstellig und hatten auch die Ehre, mit Herrn Alfred Tiez persönlich zu verhandeln. Im Falle W. sagte Herr Tiez, er hätte selber diese Entlassung verfügt, und nur deshalb, weil W. ihm in einer alle Autorität untergrabenden Weise entgegengetreten wäre. Wir besprachen diese Aussagen auf das Bestimmteste. Kollege W. ist uns als ein gebildeter Arbeiter und stiller, netter Mensch bekannt. Als Grund, weshalb Kollege W. seinen Portierposten nicht weiter ausführen durfte, gab Herr Tiez an, diese Stellung gäbe dem Kollegen zumiel Veranlassung, für den Verband zu agitieren. Auch in diesem Falle waren unsere Vertreter sofort in der Lage, das Unhaltbare der Behauptungen nachzuweisen, indem sie bemerkten, daß hinten auf dem Hof erst recht Veranlassung und Gelegenheit wäre, für den Verband zu agitieren. Weiter machte uns Herr Tiez das Vergnügen, einen Demuzianten lebenswahr in Person vorzuführen. Kündermann ist sein Name. Leider hatte Herr Tiez sich hier einen unfähigen Zeugen zur Bekräftigung seiner Lateen gesucht. Als der Gauleiter diesen wegen seinem unehrlichen Verhalten und seinen Ansniererellen in der rechten Weise zusammengefaßt hatte, konnte Herr Kündermann nur noch behaupten: vor fünf oder sechs Wochen hätte Kollege W. einmal bei ihm agitiert. Zur Rede gestellt, was es mit den Drohungen auf sich hätte, die unser Kollege W. gegen ihn — Kündermann — ausgestoßen hätte, wußte er nur mit Bestimmtheit zu behaupten, Kollege W. hätte ihn von oben bis unten verächtlich angesehen. Ein weiterer Zeuge, auch ein Portier, wies jede Zumutung, etwas Nachteiliges über die organisierten Kollegen bei der Firma resp. gegen Kollegen auszusagen, zurück. Nachdem so zwei Kronzeugen der Firma vollständig versagt hatten, wurden diese schnell entlassen.

Im Falle R. lehnte Herr Tiez jede weitere Verhandlung ab, bis zum nächsten Tage. Er mußte sich erst Aufschub bei seinen Angestellten über diesen Fall geben lassen, insbesondere darüber, wer das Telephonieren besorgt hätte.

Am nächsten Tage waren die Sünden, die sich unser Kollege B. noch weiter zuschulden hatte kommen lassen nach Angabe der Demuzianten so kleinlicher Art, daß wir nur mit Widerwillen auf das alles wieder eingingen, was wir am vergangenen Tage schon als unhaltbare Behauptungen widerlegt hatten. Dem Inspektor Grzymbowsty sagte unser Kollege es auf den Kopf zu, daß er derjenige gewesen sei, der zur Garage telephoniert hätte. Bei dieser Behauptung zog der Sprecher und Agitator im Kaufmannsgehilfenverband es vor, anstatt Rede und Antwort zu stehen gegenüber einem Manne, dem er sein Brot für Frau und Kind genommen hatte, selbe zu kneifen, indem er angab, nur Herrn Tiez für sein Tun und Lassen verantwortlich zu sein. Und der verantwortliche Herr Arbeitgeber Alfred Tiez sandte die Tat seines Inspektors, indem er diese Tat nicht rückgängig machte; allerdings der Höflichkeit halber bemerkte Herr Tiez, er bedauerte den Fall; persönlich gefalle ihm der Kollege R. als Chauffeur ganz gut, aber was mein Inspektor einmal angeordnet hat, kann ich nicht ändern, ohne den Mann zu kompromittieren. Wir bedankten Herrn Tiez hierauf, daß, wenn er sich mit den Lateen seines Inspektors einverstanden erklärte, die Folgen auf das Tiez'sche Warenhaus zurückfielen. Wir legten von nun ab unser Mandat in die Hände der gesamten organisierten Arbeiterschaft Düsseldorf zurück.

Mit Gewalt, durch die Organisation, könnt ihr bet uns nichts ausrichten, beschied Herr A. Tiez seine Leute vor einiger Zeit. Unwillkürlich fallen einem die Praktiken eines gewissen Reichsverbandes ein,

wenn seitens des Firmenvertreter's den Hausdienern klarzumachen versucht wird, daß es doch ihre Groschen seien, die zur Erhaltung des Verbandsbureaus, zur Anschaffung von Schreibmaschinen und zur Anstellung von Verbandsbeamten verwendet werden; diese Gelber könnten sich die Leute sehr gut sparen zc. Schon aus diesen Ausführungen ergibt sich die Stellung der Firma L. Tiez zur Organisation der Arbeiter im allgemeinen. Wir glauben es der Firma ja auch, wenn sie uns gegenüber behauptet, sie habe nichts dagegen einzuwenden, wenn sich die Arbeiter organisieren. Ist es doch selbstverständlich das moderne Warenhaus, wohin die Arbeiter ihre durch abgeschlossene Tarife höheren Löhne hintragen. Aber selber mit den Arbeiterorganisationen Tarife abzuschließen, glauben diese modernen Warenhäuser sich erst verstehen zu müssen, wenn die Macht der gesamten koalierten Arbeiterschaft sie dazu zwingt. Ich weiche nur der Macht, sagt Herr A. Tiez, zeigt mir, daß ihr die Macht habt, dann schließe ich einen Tarif mit dem Transportarbeiter-Verbande ab.

Dann nahm der Gewerkschaftssekretär das Wort. Er führte kurz aus: auch seine Vorstellung bei der Firma L. Tiez in Gemeinschaft mit dem Parteisekretär hätten nicht den Erfolg gehabt, die beiden zu Unrecht entlassenen Kollegen wieder einzustellen. Wer entlassen ist, der bleibt entlassen und wird nicht wieder eingestellt, so lautet der Bescheid letzter Schluß gegenüber den Vertretern der gesamten Arbeiterschaft von Seiten der Firma L. Tiez.

Nur bei den Angehörigen der gelben Gewerkschaft — natürlich ein Gesangsverein — macht die Firma Ausnahmen mit dem gesamten herrschenden Geschäftsprinzip. Die dürfen bloßen Montag machen, betrunken sein im Dienst und auch agitieren im Betriebe. Bei diesen Elementen hört man nichts von Entlassungen.

Am Schlusse der Versammlung wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die heute im Lokale „Zum Kurfürst“, Flinzerstraße, tagende, gut besuchte Handelsarbeiter-Versammlung nimmt mit Entrüstung Kenntnis von den fortgesetzten Maßregelungen von Verbandsmitgliedern bei der Firma L. Tiez u. S. in Düsseldorf. Die Versammlung weist das Bestreben der Firma L. Tiez, den daselbst beschäftigten Handelsarbeitern das Koalitionsrecht zu beschneiden oder ganz zu nehmen, energisch zurück. Die Versammlung beauftragt den Vorstand des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes, dem hiesigen Gewerkschaftsstell das gesamte Material zu unterbreiten und zu beantragen, daß baldmöglichst die geeigneten Schritte eingeleitet werden, um den bei der Firma L. Tiez beschäftigten Handelsarbeitern das gesetzlich gewährleistete Koalitionsrecht zu sichern.“

Nach einem Appell an die Mitwesenden, für den Transportarbeiter-Verband neue Mitglieder zu werben, und hauptsächlich bei der Firma Tiez das einmal Erregene zu befestigen, schloß die anregend verlaufene Versammlung.

**Magdeburg.** Auf das „harmonische“ Verhältnis, welches in der „Magdeburger Molkerei“, Hohenzollernstraße, zwischen den Angestellten und der Firma bestehen soll, werfen nachfolgende Angaben ein eigenartiges Bild. Die Arbeitszeit für die mit einem kleinen Handwagen fahrenden Angestellten beginnt morgens 5 Uhr und endet nachmittags 3 Uhr; für die die großen Milchwagen fahrenden Kutscher beginnt sie ebenfalls 5 Uhr morgens und endet um 6 Uhr abends. Für diese Tätigkeit erhalten die Angestellten einen Wochenlohn von 16—19 Mk., abzüglich der gesetzlichen Versicherungsbeiträge. Hinzu kommt noch, daß die Angestellten für 4 Liter Milch einen Pfennig, für 1 Pfund Butter ebenfalls einen Pfennig und für 1 Liter Sahne 2 Pf. Prozente erhalten. Im Durchschnitt betragen diese Prozente für jeden Angestellten 35 Pf. bis 1 Mk. pro Tag. Davon hat nun aber der einen mit Pferden bespannten Milchwagen fahrende Angestellte an seinen Begleiter (Milchjungern) pro Woche 1 Mk. abzugeben, der einen Handwagen fahrende Angestellte 50 Pf. Außerdem hat jeder Angestellte pro Tag noch ½ Liter Milch an den Begleiter abzugeben. Rechnet man diese Nebenausgabe von den Prozenten ab, so kommt der wirkliche Lohn heraus, der wahrscheinlich dann nicht allzu hoch erscheint. Außerdem hat jeder Angestellte noch 100 Mk. Kaution zu hinterlegen. Es kommt nun vor, daß bei Herrschaften, die mehrere Liter Milch bekommen, durch irgend welche Umstände die Milch verwässert wird. Kommt dann ein Kontrolleur der Firma, um eine Probe der verkauften Milch zu entnehmen, so stellt sich der Arbeiter heraus, daß die als Probe entnommene Milch nicht die Milch von gleicher Qualität ist, wie die, die der Verkäufer abgegeben hat. Aus diesem Grunde ist es unbedeutend, die Kutscher und Fahrer dafür verantwortlich zu machen. Vehhaft Klage führen die Angestellten noch, daß ihnen bei Abmessung der Sahne im schäumenden Zustand, nie das richtige Maß zuteil wird. 35 Angestellte beschäftigt die Firma, die nur ausnahmsweise einen freien Sonntag haben, da im ganzen Betrieb nur ein Reservekutscher vorhanden ist. In einer am Dienstag abgehaltenen Betriebsversammlung hatte ja denn auch die Firma einen stellvertretenden Kontrolleur hingeschickt, der jedenfalls der Firma alle diese Mißstände schon unterbreitet hat. Hoffen wir, daß bald Abhilfe geschaffen wird. Ist es den Angestellten aber Ernst damit, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen verbessert werden, so müssen sie sich alle dem Deutschen Transportarbeiter-Verband anschließen.

**Aus den Jugend-Abteilungen.**

**Berlin.** Am 7. August ex. fand die Monatsversammlung der Abteilung M.D. statt. Ein Kollege hielt einen Vortrag über das Krankenversicherungswesen. Einleitend machte Redner darauf aufmerksam, daß ein

bezüglicher Artikel in der „Arbeiter-Jugend“ ihn nicht befriedigt und er sich deshalb veranlaßt fühlte, den Kollegen ein klares Bild über unsere Ortskrankenkassen zu geben. Das Krankentassengesetz nenne Orts-, Betriebs- und Innungskrankentassen. Von diesen allen seien die Ortskrankentassen die besten, weil nur in ihnen die Arbeiter ein wirkliches Selbstverwaltungsrecht besäßen und dies auch zu Gunsten der Mitglieder ausübten. Als Vorbild könne die hiesige Ortskrankentasse der Kaufleute dienen, welche nicht nur die höchsten Unterstützungen zahle, sondern auch ihre eigene Erholungsstätte besäße; ferner Vorträge abhalten ließe und alljährlich eine Statistik über die Wohnungsverhältnisse herausgäbe usw.

Zum Schluß machte der Redner auf die Schäden der Innungs- und Betriebskrankentassen aufmerksam und verlas einige Urteile, welche die Gerichte über Arbeitgeber, die Krankentassenbeiträge unterschlagen, gefällt. Unter lebhafter Unruhe erzählte er z. B., daß ein Arbeitgeber, der ca. 1220 Mk. veruntreut, nur zu 30 Mk. Geldstrafe verurteilt worden sei!

An der Diskussion beteiligte sich ein großer Teil der Kollegen. Nach Regelung einiger interner Angelegenheiten wurde dann die gut besuchte Versammlung geschlossen.

### Mineralwasserarbeiter.

**Berlin. U n t e r n e h m e r - T e r r o r i s m u s .** Wenn streitende Arbeiter an sogenannte Arbeitswillige herantreten und auf gültlichem Wege an ihr Solidaritätsgefühl appellieren, so schreibt die ganze Unternehmerpresse über den Terrorismus der Arbeiter. Daß Unternehmer den Terrorismus offen und strupellos betreiben, ohne von einem Staatsanwalt daran gehindert zu werden, entnehmen wir einen Bericht, welcher in der Nr. 23 des „Mineralwasser-Fabrikant“ (Fachzeitschrift) enthalten ist. Es heißt da:

„Der Bericht der Rechtskommission erstattete Herr R. und erwähnt zunächst den Fall B., der eine raffinierte Umgehung des Rutscherparagrafen darstellt. B. wurde in eine Geldstrafe von 100 Mk. genommen; Ausschluß aus dem Verein soll beschlossen werden, falls der Rutscher nicht umgehend entlassen wird.“

Also 100 Mk. für einen kleinen Fabrikanten, wie es die meisten dieser Branche sind, eine geradezu horrend Strafe. In keiner Arbeiterorganisation wäre dergleichen möglich. Aber nicht genug, daß der Fabrikant bestraft wird. Die Räder vom Verein der Berliner Mineralwasser-Fabrikanten fordern größere Opfer. Der Unternehmer wird bei Androhung des Ausschlusses gezwungen, den Rutscher sofort zu entlassen. So will es die Satzung des Unternehmervereins. Der berücksichtigte Rutscherparagraf schreibt nämlich vor, daß ein Rutscher nach dem Ausscheiden aus einem Betriebe drei Monate lang von keinem organisierten Unternehmer in seiner alten Tour beschäftigt werden darf. Jeder Stellenwechsel eines Selterntüschers ist also in Berlin mit einer mindestens dreimonatlichen Hungerstrafe für sich und seine oft recht zahlreiche Familie verbunden. Ist inzwischen die Saison vorüber, so kann sich die Frist von 3 Monaten eventl. verdoppeln. Der also hart betroffene Rutscher und mit ihm alle Kollegen, welche die Bedeutung der Organisation noch nicht begriffen haben, werden hoffentlich die nötige Lehre aus diesem Fall ziehen. Die organisierten Mineralwasser-Rutscher führen gleich den Bier- und Destillations-Rutschern eine Kontrollkarte in rosa Farbe.

### Transportarbeiter.

Die Fuhrherren sind mit ihrer Petition beim Reichsstatistischen Amt abgeblickt. Die Druckfaden des Beirats für Arbeiterstatistik enthalten in ihrer Nr. 23 folgenden Bericht:

„Der Verband Deutscher Lohnfuhrunternehmer in Frankfurt a. M. sendet den Abdruck einer Eingabe an den Bundesrat vom 23. März 1909, in welcher er sich mit dem Beschlusse des Beirats für Arbeiterstatistik bezüglich der Beschränkung der Arbeitszeit für die im Fuhrwerksgewerbe Beschäftigten befaßt und zu dem Schlusse kommt, daß weder ein Bedürfnis zur Regelung anerkannt werden kann, noch daß die Eigenart des Fuhrwerksgewerbes eine solche Regelung verträge.“

Hierzu führt der Vorsitzende aus: Die Eingabe hat mir als dem Berichtsfatter vorgelegen, und ich habe bei Rückgabe ein Exemplar der Eingabe des Deutschen Transportarbeiterverbandes an den Bundesrat beigelegt, in welcher der Bundesrat gebeten wird, für einen wirksamen gesetzlichen Schutz in wirklich ausreichendem Maße Sorge zu tragen. — Diese Angelegenheit ist für den Beirat erledigt; den Herren ist bekannt, welche Maßnahmen der Beirat den Herrn Staatssekretär des Innern zu empfehlen beschlossen hat.“

Das ist deutlich. Der Beirat ist augenscheinlich der Meinung, daß er selbst schon übergenug Wasser in den Wein genossen und die Arbeit der fuhrherrlichen Wänscher also gänzlich überflüssig ist. Man muß doch wenigstens den Schein einer Sozialreform und einer Hilfe von oben wahren, zumal dieser Schein in der Praxis ohnedies nur eitel Windwerk ist. Auf die Petition der Fuhrherren, die deren innerste Arbeiterfreundlichkeit so sonnenklar erkennen läßt, werden wir nächstens zurückkommen.

**M ü g s b u r g .** Ein Erfolg der Christen. Der große Stratege Weizler aus München, seines Reichens christlicher Gewerkschaftssekretär, kam auf seinen verschiedenen Irrfahrten unter anderem auch in die Schwabenstadt Müggburg, um die hiesigen Transportarbeiter mit der christlich-nationalen Arbeiterbewegung zu beglücken. Bei der Expeditionsfirma Flohmann sollte der große Geniestreich des Herrn Weizler sein erstes Wunder zutage fördern, um dem verhassten Deutschen Transportarbeiterverbande das Lebenslicht auszublasen. Nachdem Herr Weizler bei den Gemeindeführern, Straßenbahnern und Fuhr-

leuten ein gründliches Fiasko erlebte, kam ihm der große Gedanke, bei der Firma Flohmann, wo die Christen unter etwa zehn in Frage kommenden Kollegen die Mehrheit haben, eine Lohnbewegung durchzuführen, um heiler an Schwindsucht leidenden Organisation am hiesigen Platze auf die Füße zu helfen. Aber mit des Geschickes Mächten ist kein ewiger Bund zu schließen. Schon bei der Besprechung des idealen Planes zeigte sich, daß Herrn Weizlers Kollegen zu ihrem Herrn und Meister kein allzu großes Vertrauen hatten. Denn kaum ein halbes Duzend hatte sich eingefunden, um den neuen Einseifungsplan mit anzuhören. Ein etwas weitfichtigerer Gewerkschaftler als Herr Weizler wäre zweifellos zu der Einsicht gekommen, daß zu einer Lohnbewegung nicht nur Führer, sondern auch Truppen gehören. Anders natürlich Herr Weizler. Ein Erfolg des christlichen Hilfs- und Transportarbeiter-Verbandes müßte geschaffen werden, und deshalb mußten die in Frage kommenden eine von Weizler angefertigte Eingabe unterzeichnen, welche der Firma Flohmann zugestellt wurde. Trotzdem die Forderungen sehr bescheiden waren, lehnte die Firma jede Verbesserung mit der bekannten Bemerkung ab, wem der jetzige Lohn zu wenig ist, kann seine Karte haben. So bedauerlich im Interesse der beteiligten Arbeiter dieser verkehrte Standpunkt der Firma Flohmann ist, so zeigt er desto deutlicher, was wir schon tausendmal erklärten, daß die Unternehmer keinen Unterschied zwischen freier und christlicher Organisation machen, sobald Forderungen gestellt werden. Die ganze Machination des Herrn Weizler war darauf berechnet, irgend einen Erfolg zu ergattern und dann mit demselben hausieren zu können. Unsere im Aufstieg begriffene Zahlstelle ist den Arbeiterzerpfitterern ein Dorn im Auge, nachdem ihre Zahlstelle weder leben noch sterben kann. Durch solche strategische Schachzüge wird aber jedenfalls das Vertrauen zu der christlichen Organisation nicht gehoben. Wenn man mal Forderungen stellt, sollte doch wenigstens der Versuch gemacht werden, dem Unternehmer den Ernst zu zeigen, wenn der letztere den Respekt vor der Organisation nicht ganz verlieren soll. Wir wollen den Christen keine Zwangsvorschreiben, wie sie ihre Taktik einrichten sollen, denn nach unserer Ansicht kann sich jeder so oft und so viel blamieren als er will. Aber wenn in einem Betriebe Forderungen gestellt werden, wo andere Organisationen ebenfalls vertreten sind, dann wäre es angebracht, dieselben auch zu benachrichtigen, wenn man von ihnen Solidarität verlangt. Um den Erfolg sind wir Herrn Weizler gewiß nicht neidisch; noch ein solcher Erfolg und ich bin verloren, kann Herr Weizler rufen. Durch derartige Manöver gehen auch den Christen die Augen auf. Auch diese Kollegen werden zu der Einsicht kommen, daß ihre Interessen nur in einer leistungsfähigen Organisation gewahrt und vertreten werden können. Wenn durch bloße Eingaben bessere Löhne und Arbeitsbedingungen geschaffen werden könnten, wäre Herr Weizler zu einem Erfolge gekommen, da dieses aber nicht der Fall ist, der christliche Lohnverbesserer wieder von der Bildfläche verschwunden und die in Betracht kommenden Kollegen haben jetzt Zeit, darüber nachzudenken, ob es nicht besser wäre, ihre Sonderbündel aufzugeben, damit im Ernste an eine allgemeine Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse herangetreten werden könnte.

**S a n n o v e r .** Nachdem es uns in der letzten Zeit gelungen war, die Rutscher und Reserverfahrer der hannoverschen Brotfabrik dem Verbannde zuzuführen, konnte jetzt auch daran gedacht werden, an eine Veränderung der zum größten Teil noch recht schlechten Verhältnisse vorzunehmen.

Die Zentralkommission wurde beauftragt, den in der Versammlung einstimmig aufgestellten Tarifvorschlag dem Unternehmer zu unterbreiten. Am 6. Juli wurde den Forderungen eingereicht und um Antwort ersucht. Wer nicht antwortete, war die Brotfabrik. Dem Gauleiter, der vorstellig geworden war, wurde durch einen gewissen Herrn Abelmann, stellvertretenden Direktor, zuerst die Tür geöffnet.

Sie hätten keinen Verband nötig, hieß es. Schließlich erklärte man sich denn doch bereit, den beiden Mehltüschern je eine Mark Lohnerhöhung zu bezahlen. Im übrigen könnte jedoch nichts geändert werden, da der Herr Direktor Thoma nicht da sei. Trotzdem das einem Verschleppungsmanöver verleihen ähnlich sah, erklärten sich die Rutscher mit der Zurückstellung bis zur Rückkehr des Direktors einverstanden. Der Direktor hatte aber zunächst angeblich gar keine Zeit, schließlich kam jedoch eine Aussprache zustande, doch lehnte der Herr Direktor jede Regelung durch den Verband ab. Denn dieser habe „feine“ Leute „verhezt“. Der Direktor erklärt dann wörtlich: „Wenn Sie uns schädigen wollen, dann ist die Polizei und das Gericht noch da!“ Man sieht, die Verlegenheit spricht aus jedem Worte. Dabei hatte außer dem Direktor noch niemand von Schädigung gesprochen. Nach vielem Hin und Her erklärte der Direktor dann, daß die Rutscher bereits ab 1. Juli ohne Zutun des Verbandes 1 Mk. und einige auch 2 Mk. Zulage pro Woche erhalten hätten. „Das braucht der Verband also nicht als seinen Erfolg anzusehen, das war von uns schon lange beschlossen.“ Das waren die Worte, die der Herr Direktor wirklich gebrauchte. Merkwürdig, daß die Direktion ihr gutes Herz in dem Augenblicke entdeckte, als die Forderungen eingereicht wurden. Nun, wir sind recht bescheidene Menschen und waren zufrieden, daß die Rutscher wenigstens eine Lohnerhöhung bekommen sollten. Es stellte sich jedoch heraus, daß die Sache nicht ganz stimmte. Wir nehmen zugunsten des Herrn Direktors Thoma an, daß er sich geirrt hatte, denn er wird uns doch nicht mit betworbener Absicht die Unwahrheit sagen; zwei Rutscher hatten wohl seit dem 1. Juli 1. Lohn-erhöhung bekommen, den übrigen wurde sie jedoch erst in der Woche ausbezahlt, als die letzten Ver-

handlungen stattfanden. Zum Abschluß eines Tarifs war der Direktor absolut nicht zu bewegen. Darauf aufmerksam gemacht, daß doch kurze Zeit vorher ein Tarif mit dem Bäckerverbände abgeschlossen sei, erklärte er, es habe ihn auch schon zehnmal gereut, daß er das getan habe, denn dadurch sei der Unfrieden in den Betrieb hineingekommen. Wer den Unfrieden stifte, verschwiege er wohlweislich, doch werden wir noch darauf zurückkommen. Daß der abgeschlossene Tarif von der Direktion nicht gehalten wird, sei nur nebenbei erwähnt. Nicht unerwähnt möchten wir an dieser Stelle lassen, daß auch unter den Herrn Bureaubeamten wütende Feinde der Organisation sind. Außer dem bereits genannten Herrn Abelmann kommt Herr Lampe in Betracht. Meinete dieser Herr doch: „Weilhalb halten Sie unsere Leute auf der Straße an, Sie sind gerade der Hezer, das tun Sie nur, weil Sie dafür bezahlt werden“ etc. Nun läßt uns die Ansicht eines solchen Herrn fürchtbar kalt, man sieht aber doch, daß hier noch unendlich viel Aufklärung notwendig ist.

Die Rutscher waren mit dem gemachten Zugeständnis zufrieden, doch stellte sich heraus, daß drei von ihnen überhaupt keine Lohnerhöhung erhalten hatten, ebenso sollten auch die Reserverfahrer nichts bekommen.

Bei den erneuten Verhandlungen kam es nun zu recht heftigen Aufritten. Namentlich war es der oben bereits genannte Herr Abelmann, der glaubte, sich besonders hervortun zu müssen. „Sie Volksbeglucker, Sie Hezer, Sie Faulenzer, Sie sollten man lieber arbeiten“, das waren so die Kraftworte, mit denen der Herr um sich warf. Wir konstatieren jedoch mit Genugtuung, daß er sich nicht in geistige Unkosten gestürzt hat bei seiner Kraftrede.

Wie wäre es, wenn diese beiden Herren, zu ihrer weiteren Nachbildung, noch einen Kurkurs beim Reichsverbände nehmen würden? Die nötigen Anlagen sind doch vorhanden und es wäre schade, wenn solche großen Geister wie ein Weizler in Verborgenen blühen müßten. Wir sind der Ueberzeugung, daß so verhasste Verbände würden, wenn diese beiden Herren auf ihn losgelassen, in kurzer Zeit verschwinden.

Eine weitere Verhandlung, an der auch ein Vertreter des Bäckerverbandes teilnahm, hatte ebenfalls keinen Erfolg.

Gierbei entpuppte sich der Herr Direktor als besonnerer Freund der Organisation. Auf Befragen erklärte er, es sei schon möglich, daß er bei dem einen oder den anderen die Einstellung von der Nichtzugehörigkeit zur Organisation abhängig gemacht habe. Nun, Herr Direktor, dies werden wir uns besonders merken. Nachdem eine Einigung absolut ausgeschlossen schien, wurde beschlossen, am Montag früh die Arbeit ruhen zu lassen, zuvor sollte aber noch einmal die Lohnkommission vorstellig werden. Enttäuscht fuhr der Herr Direktor in die Höhe, als der mitanwesende Verbandsvertreter den Zweck des Kommens erläuterte. „Machen Sie, daß Sie rauskommen, ich habe mit Ihnen nichts zu tun, ich habe nur mit „meinen“ Leuten zu tun“, das war der Empfang. Um zu beweisen, daß es uns ernstlich darum zu tun war, den Frieden zu halten, wurde die Lohnkommission allein vorstellig.

Jetzt trat der Herr Direktor mit seiner Absicht klar zutage, er versprach den Rutschern eine noch weitgehendere Lohnerhöhung, wenn sie — aus dem Verbände austreten würden. Selbstverständlich wurde dieses Ansinnen rundweg abgelehnt. Man sieht also, die Lohnerhöhung kann gezahlt werden, aber dafür sollen die Rutscher zum Judas werden. Endlich erklärte der Herr sich bereit, den drei Rutschern auch noch je 1 Mk. zu bewilligen, doch sollten vier Arbeiter leer ausgehen. Damit konnten sich die Rutscher nicht einverstanden erklären, und ruft demzufolge die Arbeit. Da wiederholt Anfragen an uns gerichtet sind, erklären wir, daß der Rutscher Dehne, der die Tour nach Wilsberg, Langenhagen etc. fährt, aus der Organisation ausgestiegen ist und sich auch nicht am Streik beteiligt.

Den im Betriebe tätigen Bäckern hat der Direktor erklärt: wer aus dem Verbände austritt, erhält 1 Mk. Lohn mehr. Also Vernichtung der Organisation trotz Tarifvertrags unter allen Umständen.

Die Direktion versuchte dann weiter durch Firerate in den bürgerlichen Blättern die Deffenlichkeit irre zu führen. So verbreitete sie das Märchen, die Rutscher verdienen einen Wochenlohn von 27—45 Mk. Man kann sich nicht genug über die Malitität der Direktion wundern, wenn sie glaubt, daß das Publikum so etwas glauben soll. Tatsache ist, daß die in Frage kommenden 12 Streikenden in der letzten Woche bei einer 11—14stündigen täglichen Arbeitszeit einen Durchschnittslohn von 24,75 Mk. erhielten. Wo bleiben da die Löhne von 27—45 Mk. Die existieren nur in der Fantasie der Direktion. Man ist nun eifrig bemüht, die Streikenden zu erregen, das gesamte Kontorpersonal muß mit einspringen. Da werden sie die Arbeit der Rutscher etwas mehr schätzen lernen. Selbstverständlich ist vor der Fabrik auch ein Schutzmann postiert. Doch es sei gleich anerkannt, daß den Streikenden bisher keine Schwierigkeiten gemacht worden sind. Eine neue Verhandlung, die heute früh von den Streikenden angebahnt wurde, verlief resultatlos. Der Herr Direktor meinte, „und wenn auch große Volksversammlungen abgehalten werden, das kann uns nicht einschüchtern“. Darauf aufmerksam gemacht, daß die Arbeiterschaft es sich doppelt überlegen würde, von dem Betriebe noch weiter ihren Bedarf zu decken, meinte der Direktor, das würde er, das sei ihm auch egal.

Demnach preißt die hannoversche Brotfabrik etwas auf die Arbeiterkundschaft. Nun, die Wirkung ist nicht ausgeblieben. Die erste Woche hat der Firma bereits einen enormen Schaden gebracht, der, um mit dem Direktor zu

sprechen, nicht wieder gutzumachen ist. Nun wird die Direktion wohl einsehen, daß die Arbeiterschaft nicht mehr mit sich spielen läßt. Die Verhältnisse haben sich inzwischen dahin entwickelt, daß es nicht ausgeschlossen ist, daß nicht doch noch eine Einigung zustande kommt. Bei der Abgabe der Uniformen erklärte der Direktor, er wolle sich die Sache noch einmal überlegen, die Kutsher sollten am Sonntag morgen wiederkommen. Sollte es aber dem Herrn Direktor noch nicht passen, nun, wir haben Zeit. Wer zuletzt lacht, lacht am besten.

Magdeburg. Schon des öfteren haben wir uns mit den Betriebsrichtungen der Firma C. W. Neumann, Holzhandlung, Budaun, beschäftigt. Die Firma C. W. Neumann gehört zu denjenigen Betrieben, in denen die Lohn- und Arbeitsbedingungen der dort beschäftigten Arbeiter noch sehr verbesserungsbedürftig sind, außerdem ist noch eine ganze Reihe anderer Missetände vorhanden. In mehreren abgehaltenen Betriebsbesprechungen wurden der Firma nachfolgende Wünsche zur gest. Berücksichtigung unterbreitet:

daß der zurzeit gezahlte Stundenlohn für die Streckenarbeiter von 30 auf 35 Pf. erhöht werden möchte; daß der Akkordsatz für Bretter- und Kant-holzaufladen wieder auf den alten Satz gebracht wird; daß beim Ausladen eines Wagens bevor die Ausladung beginnt, Gewicht und Preis mit den Arbeitern vereinbart werden; daß einheitliche Lohnsätze für die in der Hobelei beschäftigten Arbeiter eingeführt werden; daß die besonderen Vergünstigungen an einzelne Arbeiter, welche die gleiche Arbeit verrichten, für die Zukunft wegfallen sollen; daß die Arbeitszeit auf 10 Stunden pro Tag reduziert wird in der Form, daß die jetzige 1/2 stündige Vesperpause auf eine halbe Stunde ausgedehnt wird; daß alle Arbeiten, welche nach 6 Uhr abends verrichtet werden müssen, als Ueberstundenarbeiten gelten und mit 40 Pf. pro Stunde entschädigt werden; daß die Lohnzahlung so eingerichtet wird, daß sofort nach Schluß der Arbeit in der kürzesten Zeit jeder Arbeiter seinen Wochenlohn erhält und nicht erst eine geraume Zeit zu warten hat; daß der Wochenlohn, wie überall üblich in Lohnstätten ausbezahlt wird, woraus jeder Arbeiter ersehen kann, wieviel Akkordlohn, Stundenlohn und wieviel die Abzüge für Kranken- und Jubiläumsgeld betragen; daß weiter die zurzeit im Betriebe befindlichen Abortanlagen, die jeder Beschreibung spotten, so eingerichtet werden, daß sie allen sittlichen und hygienischen Anforderungen genügen; daß die erst vor kurzer Zeit renovierten Frühstücksräume so eingerichtet werden, daß jeder Arbeiter einen kleinen verschließbaren Schrank erhält, wo er seine ihm gehörenden Sachen aufbewahren kann, damit sie ihm nicht gestohlen werden können; daß die Behandlung der Arbeiter durch die Herren Meister, Holzle, Lüders und Kummer eine andere wird, nämlich eine solche, wie sie unter anständigen und gebildeten Menschen üblich ist, und die Arbeiter nicht mit Titulaturen, wie Oese, Polacke, Hampelmann, und mit dem Hammer vor den Kopf schlagen, belegt werden.

Von diesen Forderungen ist inzwischen auch nicht eine einzige im Sinne der Arbeiter geregelt worden. Anstatt die Klosette mit Spülvorrichtungen zu versehen, um den üblen Geruch zu beseitigen, glaubt die Firma durch ein wenig Chlor genug getan zu haben. Im Frühstücksraum ist es schon sehr häufig vorgekommen, daß unehrliche Arbeiter mein und dem nicht recht unterscheiden konnten, wodurch selbstverständlich einzelnen Arbeitern mancher Schaden zugefügt wurde. Anstatt nun, wie die Arbeiter es wünschen, für jeden einen kleinen verschließbaren Raum zu schaffen, läßt die Firma einfach nach Einnahme der Mahlzeiten den Frühstücksraum gänzlich verschließen. Hat nun irgend ein Arbeiter das Bedürfnis, während der Arbeitszeit einen Schluck Kaffee zu trinken oder etwas anderes aus seiner Garderobe zu entnehmen, so muß er erst von Wontius zu Wilatus laufen, um Einlaß zu bekommen. Eine andere Regelung, um die Arbeiter vor Diebstählen zu schützen, wäre dringend notwendig. Um festzustellen, ob die Löhne der Arbeiter schon eine Erhöhung erfahren hätten, wurde in einer Konferenz mit den Meistern von der Firma mitgeteilt, daß die jetzige Lohnsumme um 300 Mt. pro Woche höher sei als im Vorjahr. In Wirklichkeit steht die Sache so aus, daß die Akkordlöhne sogar im Laufe des Jahres reduziert wurden und die Wechselsumme durch Ueberstundenarbeit herausgewirkt wurde.

Um nun aber die Arbeiter über die gestellten Lohnforderungen und sonstige Wünsche hinwegzuleiten, hatte der Inhaber des Geschäftes vor kurzer Zeit in Köhlers Konzert- und Ballhaus eine Festlichkeit für die Angestellten und Arbeiter veranstaltet, wo die Arbeiter Butterbrote, Freibier und als Andenken ein 0,4-Literglas mit einer Widmung der Firma erhielten. Für die Frauen und Kinder gab es reichlich Kaffee und Kuchen. Während der Festlichkeit hielt der Firmeneinhaber eine Ansprache, worauf ein Vertreter der Arbeiterschaft — so heißt es in den bürgerlichen Zeitungen — „dem Chef dankte und der Familie des Inhabers Glück und Segen wünschte“. Wer war nun der Redner, der sich hier als Vertreter der Arbeiterschaft aufspielte? Es war jener Sattler Koch, Mitglied des Reichstreuens Vereins, welcher anlässlich einer Betriebsbesprechung ein unserer Mitglieder wegen seiner Verbandszugehörigkeit beim Inhaber denunzierte und die Entlassung dieses Arbeiters veranlaßte. Der großen Mehrzahl der Neumannschen Arbeiter ist nicht bekannt, Koch den Auftrag gegeben zu haben, im Namen der gesamten Arbeiterschaft zu sprechen. So steht das „harmonische“ Verhältnis in einem Betriebe aus, wo es leider der Organisation noch nicht gelungen ist, hinsichtlich der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ihren Einfluß zur Geltung zu bringen. Viel lieber hätten es die Arbeiter gesehen, wenn für die unnötigen Ausgaben dieser Festlichkeit eine Erhöhung der Löhne statgefunden hätte.

Soffen wir, daß die Mehrzahl der dort beschäftigten Arbeiter bald einsehen möge, daß man nicht durch ein Zuckerbrot seine wirtschaftliche Lage verbessern kann, sondern nur mit Hilfe einer starken Organisation. Nur durch diese wird es möglich sein, die zurzeit bestehenden Uebelstände zu beseitigen. Darum rufen wir den im Betriebe von C. W. Neumann beschäftigten Arbeitern zu: Verein in den Deutschen Transportarbeiterverband!

Schmalkalden. Daß unsere hiesigen Berufs-kollegen keine leichte Arbeit haben, überhaupt bezüglich ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse nicht auf Rosen gebettet sind, weiß hier am Orte ein jeder, — nur unsere eigenen Kollegen nicht! Wenigstens muß man dies annehmen, wenn man sieht, wie stumpf-sinnig diese Leute im allgemeinen ihr Leben verbringen. Spricht man einmal mit einem Kollegen und macht ihn darauf aufmerksam, daß es doch unmöglich sei, bei der bestehenden langen Arbeitszeit ein Mensch zu sein, dann heißt es: Ja, was soll ich denn tun? Sch kann's nicht ändern! Oder fragt man mal einen Kollegen, wie er es macht, daß er mit seinem karglichen Verdienst auskommt, wie er sich und seine Familie damit ernähren kann, dann bekommt man zur Antwort: „Ja, wenn die Frau nicht mitschafft, dann geht's freilich nicht!“ Wenn man dann auf das hierbei natürlich in Fortfall kommende Familienleben hinweist, dann erhält man natürlich nur ein verlegenes Schulter-zucken, oder aber auch gar eine wegwerfende Antwort. Und dabei spotten die Verhältnisse gerade in unserem Beruf aller Beschreibung. Die Kutsher haben meist eine Arbeitszeit, von der sie selbst manchmal nicht wissen, wann sie anfängt und aufhört. Dabei werden Löhne gezahlt, von denen man mit Recht sagen kann: „Es ist zum Leben zu wenig und zum Sterben nicht genug!“ Aber nicht nur bei den Kutshern herrschen derartige Zustände; auch unsere Bader können sich über ihr „Wohlleben“ nicht beklagen! Wenn auch in den meisten Fällen eine etwas geregeltere Arbeitszeit wie bei den Kollegen Kutshern vorhanden ist, so sind doch auch hier die Löhne nicht dazu angetan, daß man sie als ausreichend bezeichnen könnte. Für heutige Zeit-verhältnisse ist auch für unverheiratete Arbeiter ein Lohn von 15 und 16 Mt. kein auskömmlicher. Wenn man nun bedenkt, daß hier am Orte eine ganze Anzahl Kollegen, welche verheiratet, oftmals Ernährer von fünf und sechs Kindern sind, die meistens auch nur Löhne von 18 bis 20 Mt. beziehen, dann muß man sich doch wundern, daß der Organisationsgedanke unter den Schmalkaldener Kollegen nicht besser Platz gefunden hat!

Kollegen! Seht Euch die Berufs-kollegen an anderen Orten an! Dort haben sich dieselben schon längst mit Hilfe ihrer Organisation andere, bessere Bedingungen errungen. Wollt Ihr immer von der „Gnade“ der Unternehmer die Verbesserung erwarten? Legt endlich einmal den Stumpf-sinn ab, lernt über Eure Lage nachdenken und Ihr werdet sehen, daß nur eine straffe Organisation in der Lage ist, Euch zu helfen und zu schützen. Schließt Euch deshalb dem Deutschen Transportarbeiter-Verband, der einzigen auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Berufs-organisation, die für unseren Beruf in Frage kommt, schließt Euch diesem Verband an, damit auch bei uns bald bessere Verhältnisse geschaffen werden können.

### Öffentliche und Mitglieder-Versammlungen.

Berlin II. Am Freitag, den 27. August hielt unsere Verwaltungsstelle ihre Generalversammlung vom 2. Quartal mit der Tagesordnung: 1. Mitteilungen; 2. Geschäfts- und Kassenbericht; 3. Zusammenlegung der Berliner vier Verwaltungen zu einer einheitlichen Ortsverwaltung, ab. Bevor in die Erledigung der Tagesordnung geschritten wird, teilt der Bevollmächtigte mit, daß im verfloffenen Quartal folgende 23 Kollegen verstorben sind: Albert Balleuthin, Heinrich Daul, Albert Blant, Richard Enstat, Heinrich Genthe, Hermann Grothe, Otto Hann, Reinhold Herzberg, Eduard Hippler, Friedr. Kassube, Karl Kurthe, Gustav Löwe, Robert Meyle, August Neubacher, Johann Naguse, Robert Röstel, Herm. Scheffel, Herm. Schubert, Karl Thiede, Hermann Traugott, Ferd. Wagner, Friedr. Wildaleit und Fr. Emma Kurth. Die Versammlung ehrt das Andenken der Verstorbenen durch Erheben von den Plätzen.

Nachdem vom Vorsitzenden mehrere wichtige Mitteilungen gemacht wurden und im ganz besonderen auf den in Schweden sich abspielenden Massenstreik hingewiesen, mit dem einbringlichen Ersuchen, sich an den Geldsammlungen recht eger zu beteiligen, wurde der Geschäfts- und Kassenbericht gegeben.

Ueber erstattete den Geschäftsbericht und hob einleitend hervor, daß die Entwicklung unserer Verwaltungsstelle auch im verfloffenen Quartal unter der Krise zu leiden gehabt hätte und daß dies in der Agitation noch recht fühlbar zu spüren gewesen war. Eine recht intensive Agitation wird gegenwärtig von der Sektion der Geschäftskutsher betrieben, die teilweise von guten Erfolgen begleitet ist; besonders wird hierbei Gewicht auf die Organisation der Petroleum- und Milch-kutsher gelegt.

Lohnbewegungen ohne Streit fanden in 5 Betrieben mit 114 Beteiligten statt.

Abwehrbewegungen in 3 Betrieben mit 41 Beteiligten. In 4 Betrieben, wo gestreikt wurde, kamen einige unserer Kollegen mit in Betracht.

Gemäßregelt wurden im Verlaufe des Quartals in 8 Betrieben 12 Kollegen.

Der Tarifvertrag der Müllkutscher und Schaffner von der Wirtschaftsgenossenschaft ist gekündigt und sind bereits Verhandlungen über einen Neuabschluss im Gange.

An dem sich gegenwärtig abspielenden Streik der Selbstschrankeindustrie und Bauschlosser sind von uns 56 Kollegen beteiligt.

Durch eine Reihe von mündlichen Verhandlungen sind Beschwerden und Mißstände beigelegt worden, so daß es zu ernstlichen Differenzen nicht gekommen ist.

Mitgliederbewegung vom 2. Quartal: Es waren am 1. April 1903 Mitglieder vorhanden:

männliche Mitglieder	15 304
weibliche Mitglieder	1 313
Jugendliche Mitglieder	567

Zusammen 17 184

Der Mitgliederzugang im Quartal betrug:

Neuaufnahmen männliche Mitglieder	1165
„ weibliche Mitglieder	154
„ jugendliche Mitglieder	146
aus anderen Verbänden übergetreten	50
aus anderen Verwaltungen zugereist	51

Zusammen 1566

Der Mitgliederabgang im Quartal war folgender:

Es mußten gestrichen werden wegen rückständiger Beiträge:

männliche	1139
weibliche	146
Jugendliche	114

Nach anderen Verwaltungen abgereist:

männliche Mitglieder	49
Jugendliche Mitglieder	3

Insgesamt 1451

Demnach ist der Mitgliederbestand am Schluß des Quartals folgender:

männliche Mitglieder	15 381	(15 304)	mehr 77
weibliche Mitglieder	1 321	(1 313)	mehr 8
Jugendliche Mitglieder	597	(567)	mehr 30

Zusammen 17 299 (17 184) mehr 115

Die in Klammern stehenden Zahlen sind die Mitgliederbestände vom vorigen Quartal 1. 1. 09 bis 31. 3. 09.

Die Bureautätigkeit im verfloffenen Quartal war eine recht lebhafte; es gingen ein an Briefen und Karten 1597, an Drucksachen 565, an Pakete 7 Stück. Geldsendungen 15 mal. Ausgänge: an Briefen und Karten 3008, an Drucksachen 7295, an Pakete 82 St. Zusammen an Ausgängen 10 461.

Schriftstücke für Mitglieder wurden angefertigt 31. Schriftstücke und Eingaben an Behörden wurden von seiten der Verwaltung 67 angefertigt.

Die Agitation erstreckte sich auf 4 öffentliche Versammlungen, 107 Mitgliederversammlungen und 518 Sitzungen und Besprechungen.

Der Kassenbericht, welcher gedruckt der Versammlung vorliegt, wird vom Kassierer auch mündlich erläutert. Es beträgt

die Gesamteinnahme	101 394,93 Mt.	(101 338,03)
die Ausgabe	86 853,40 „	(86 620,02)
Es verbleibt der Verwaltung ein Kassenbestand von	14 540,53 Mt.	(14 708,01)
An die Hauptkasse wurden abgeführt	52 533,70 „	(53 137,65)

Die Hauptkasse zahlte an die Mitglieder der Verwaltung II im 2. Quartal folgende Unterstützungen:

Arbeitslofenunterstützung	9 763,95 Mt.	(28 068,10)
Krankenunterstützung	13 272,95 „	(15 779,35)
Strafunterstützung	869,85 „	(790,90)
Gemäßregelungenunterstütz.	2 085,10 „	(2 743,80)
Extraunterstützung	605,00 „	(1 095,00)
Beerdigungsbeträge	1 565,00 „	(1 618,40)
Kleine Rechtschutzkosten	147,56 „	(277,25)

in Summa: 28 309,41 Mt. (56 762,60)

Nachdem eine kurze Diskussion zu dem Geschäfts- und Kassenbericht stattgefunden hatte, wird von den Revisoren beantragt, dem Kassierer Decharge zu erteilen; diesem Antrage wird einstimmig zugestimmt.

Zu Punkt 3: Zusammenlegung der vier Verwaltungen zu einer einheitlichen Ortsverwaltung von Groß-Berlin wird vom Vorstande nochmals auf die Zweckmäßigkeit hingewiesen und darauf aufmerksam gemacht, daß diese Frage schon einmal die Generalversammlung beschäftigt hat, damals aber wegen Zeitmangel zurückgestellt worden sei. Heute sei nun die Frage unbedingt spruchreif geworden und sei zu entscheiden, ob die Mitglieder eine Zusammenlegung wollen. Nachdem in einer ausgiebigen Diskussion die verschiedensten Redner ihre Meinungen für und gegen eine Zusammenlegung Ausdruck gegeben hatten, wurde, da drei Anträge vorlagen, zur Abstimmung geschritten. Mit übergroßer Majorität entschied sich die Versammlung für den Antrag Mebes, der lautete: „Die heute am 27. August im Gewerkschaftshaus tagende Generalversammlung der Verwaltung II des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes, erklärt sich mit der Zusammenlegung der vier Verwaltungen einverstanden. Die Versammelter stehen auf dem Standpunkt, daß nur eine geschlossene Mitgliedschaft in der Lage ist, dem Unternehmertum bei Lohnkämpfen mit Erfolg entgegenzutreten.“

Unter Punkt Anträge nimmt die Versammlung zu einem von der Verwaltung gestellten Antrage auf Ausschluß des Mitgliedes Hans Wonsild, Spt.-Nr. 11 208, eingetreten 29. 5. 09, Stellung, der beschuldigt wird, während des Streiks bei der Firma Rauch als Arbeitswilliger fungiert zu haben. Es wird einstimmig beschlossen, Wonsild wegen seines verräterischen Verhaltens dem Verbandsvorstande zum Ausschluß zu empfehlen.

Nachdem noch einige kleine Angelegenheiten ihre Erledigung fanden, trat Schluß der Versammlung ein.

Breslau. In einer öffentlichen Versammlung für Hausdiener und Bader etc., welche am 16. August cr. stattfand, sprach ein Kollege über folgendes Thema: „Endlich der Auktionsabschluss, und wie wurde derselbe erreicht?“

Kedner schilderte diese Bewegung von Anfang an, und betonte in seinen Ausführungen, daß die Kollegen alle die Vorteile in bezug auf Achtuhrladenschluß und Sonntagsruhe zum großen Teil dem Transportarbeiterverband zu verdanken haben, denn dieser war es, welcher diese Forderungen vor Jahren auf die Tages-Ordnung brachte.

Wenn die Angestellten im Handeltsgewerbe hätten warten sollen, bis die Behörden freiwillig dazu geschritten wären, so konnten noch Jahre vergehen, ehe überhaupt etwas daraus geworden wäre.

Wir haben in Breslau noch ein Institut, welches mit das reaktionärste aller Institute ist, und das ist die Breslauer Handelskammer.

Diese hat alle Mittel in Bewegung gesetzt, um die beschiedenen Forderungen der Angestellten im Handeltsgewerbe zurückzuweisen.

Selbige hat auch nun wieder für einzelne Branchen eine Extra-Wurst braten wollen, indem die Nahrungs-mittelbranche von dem Achtuhrladenschluß verschont bleiben sollte. Es ist ja dies glücklicher Weise nicht gelungen, aber die Kollegen können daraus ersehen, daß diese Herren besser auf der Hut sind, als die Angestellten im Handeltsgewerbe.

Nun ist der Achtuhrladenschluß Tatsache geworden, und wir können mit voller Genugtuung auf die hinter uns liegenden Arbeiten zurückblicken.

Ist es doch den Handlungsgehilfen und den Kollegen im Transportarbeiter-Verband an erster Linie zu danken, daß nun auch Breslau endlich zu den ca. 200 deutschen Städten gehört, die ihre Läden im Interesse der Angestellten um 8 Uhr abends zu schließen haben. Wenn wir auch dies alles durch schwere Arbeit erreicht haben, so dürfen wir die Hände noch nicht in den Schoß legen, sondern müssen weitere Forderungen stellen, und das ist die völlige Sonntagsruhe.

Was in anderen deutschen Städten möglich ist, wird auch in Breslau möglich werden, es ist nur Aufgabe der Berufs-kollegen, daß sie mithelfen, vor allem sich unserer Organisation anschließen.

Die hierauf folgende Diskussion vollzog sich ganz im Sinne des Referenten. Ferner kritisierten einige Kollegen der Firma H. G. Reuschtag verschiedene Mängel im dortigen Geschäft, und verurteilten das Vorgehen der Geschäftsleitung.

Nachdem der Referent die Kollegen aufgefordert, weiter für unsere Organisation zu wirken, damit wir bei den kommenden Kämpfen geschlossener aufmarschieren können als bisher, erfolgte Schluß der Versammlung.

**Erfurt.** Unsere Mitgliederversammlung am 21. 8. cr. war trotz des Bogelschießens verhältnismäßig gut besucht. Nachdem die Versammlung das Andenken des in seinem Beruf tödlich verunglückten Kollegen Aug. Schmidt in der üblichen Weise geehrt hatte, erhielt unser Gauleiter das Wort zu einem Vortrage über das Thema: „Unsere Aufgaben für die Zukunft!“

In kurzen Zügen gab der Referent eine Darstellung der Vorgänge, welche sich in letzter Zeit bei uns auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet abgespielt haben. Nachdem Kedner die Ursachen und Folgen der Krise behandelt hatte, geißelte derselbe das Verhalten der deutschen Regierung und der Vertreter des blauschwarzen Schnapsblocks im Reichstage beim Abschluß der Reichsfinanzreform. In scharfen, aber zutreffenden Worten erklärte Kedner das Vorgehen der Regierung für kulturfeindlich. Trotzdem die wirtschaftliche Krise immer noch dem arbeitenden Volke seine Härten zeigt, demselben Volke eine derartige Belastung durch indirekte Steuern aufzubürden, sei eine Politik, die sich nicht halten könne. Durch derartige Maßnahmen tragen die Vertreter des Kapitals nur dazu bei, daß ihr Sturz beschleunigt werde. Und — so fügte Kedner hinzu — an dem werktätigen Volke liegt es, alles daran zu setzen, um auch das ihrige zu tun, daß endlich die Herrschaft des Kapitals beseitigt werde. Agitieren, organisieren, das seien unsere Aufgaben für die Zukunft! Ein jeder Berufs-kollege, der selbst die Notwendigkeit der Organisation noch nicht erkannt habe, muß aufgestellt werden. Durch die Machinationen der Kapitalistenklique sei einem jeden Arbeiter, welcher hören und sehen kann, genügend Agitationsmaterial geliefert. Nicht nur sollen sich die Mitglieder auf die Funktionäre verlassen, sondern sämtlich die Arbeit für die Organisation befragen helfen, dann muß sich auch der Erfolg zeigen. Mit der nachhaltigen Aufforderung, mit allen zu Gebote stehenden Kräften an der Ausbreitung der Organisation mitzuarbeiten, schloß Kedner seinen beifällig aufgenommenen Vortrag. Von einer Diskussion wurde Abstand genommen.

Als Beiführer wurden an Stelle der aus der Ortsverwaltung ausgeschiedenen Mitglieder Donath und Hugo Schmidt, die Kollegen Pecker und Kugel gewählt. Nach einer kurzen Debatte über die Gaukonferenz in Göttingen wählte die Versammlung den Kollegen Kompe als Delegierten. In der Debatte wurde gewünscht, daß der Hauptvorstand die Anstellung einer Hilfskraft für den Gau nun nicht mehr länger hinauschieben möge. Im Verschiedenen entspann sich sodann noch eine kurze Debatte über die Ursachen des Unfalls des Kollegen Aug. Schmidt. Es wurde gewünscht, daß bei derartigen Unfällen die Ortsverwaltung prüft, ob seitens der Unternehmer die notwendigen Schutzmaßnahmen gewahrt werden. Nach Erledigung einiger unwesentlicher Punkte schloß der Vorsitzende die Versammlung.

**Glück.** In unserer am 14. August d. J. abgehaltenen Mitglieder-Versammlung sprach der Gauleiter über die neuen Steuern. Nachdem Kedner diese selbst, sowie ihre schädliche Wirkung auf den kleinen Haushalt des Arbeiters eingehend detailliert hatte, erläuterte er den ziemlich vollständig erschienenen Kollegen, wie als Folge dieser Verbrauchssteuern die Gehälter sämtlicher Reichs-, Staats- und Kommunalbeamten erhöht worden sind, und letzteres wieder eine Erhöhung der Gemeindesteuern nach sich zieht. Da der Lohn unserer hiesigen Kollegen bis jetzt noch keine Aufbesserung erfahren hat, so wird ihre Lebenshaltung naturgemäß eine immer schlechtere, wenn sie sich nicht beizeiten zusammenfinden.

Der Referent ermahnte die Kollegen, treu zusammenzuhalten und durch eifrige Agitation alle uns noch fernstehenden Kollegen heranzuziehen. Hierauf schloß die Versammlung.

**Hamburg I. Rutscher aller Branchen.** Mitgliederversammlung am 26. August, im Gewerkschaftshaus. Ueber die Ausperrung im Baugewerbe referierte ein Kollege. Kedner ging zunächst auf die Entstehung der Ausperrung ein und schilderte dann den weiteren Verlauf derselben. Die Blockwagen-kutscher waren ebenfalls in größerer Zahl in Mitleidenschaft gezogen. Diejenigen, welche dem Verbands angehörten, wurden unterstützt. Ein großer Teil unorganisierter Kutscher wurde mit auf das Straßensplaster geworfen, welche bei dieser Gelegenheit wohl den Unterschied zwischen organisiert und nichtorganisiert kennen gelernt haben. Gleichzeitig haben wir die Wahrnehmung gemacht, daß diejenigen Kutscher und Arbeiter, welche Mitglied der „Produktion“ sind, und denen der durch die Einfuhrdividende angesammelte Rosfond zur Verfügung stand, die Verbands-kasse mit Extraverfügungsanträgen nicht in Anspruch nahmen. Das Gegenteil haben wir bei denen zu verzeichnen, die der Genossenschaft nicht angehörten. Hier ist wieder einmal bewiesen, wie notwendig es ist, daß alle Arbeiter, um sich bei solchen langwierigen Kämpfen vor Not zu schützen, der Genossenschaft „Produktion“ beitreten. Die Blockwagenkutscher sind bei der Lohnerhöhung nicht berücksichtigt worden. Im vorigen Jahr mußte die Bewegung abgebrochen werden, um einer Ausperrung aus dem Wege zu gehen, deshalb hätte man erwarten können, daß auch für die Blockwagenkutscher eine Lohnzulage bewilligt wäre. Es muß jetzt heißen, den letzten Mann der Organisation zuzuführen, um im nächsten Frühjahr die Schlappe wieder weit zu machen. — Zur Brancheneinteilung wurde beschlossen, vier Branchen zu bilden: 1. Rollkutscher. 2. Blockwagenkutscher. 3. Pferde-wärter. 4. Geschäftskutscher. Auf Antrag Hillers wurde die Neuwahl des zweiten Sektionsleiters vorgenommen; gewählt wurde Thälmann. Ferner wurde das Gebahren des Führers Sparr einer scharfen Kritik unterzogen. Sparr beschäftigt nur unorganisierte Kutscher. Ein Kollege hatte um Arbeit angefragt: er konnte anfangen, sollte aber aus dem Verbande austreten. Herr Sparr ist derjenige Führer, der die Streikbrecher für die Bauhütte in seinen Breitz befördert hat. Dasselbe hat die Firma Stegelmann getan. Die Arbeiterschaft sollte bei Bedarf von Führer diese Führer meiden. Eine Zellerfassung für die kämpfenden Schweden ergab 12,90 Mk.

**Mainz.** Am Samstag, den 14. August, fand eine öffentliche Hausdienerversammlung statt. Ein Kollege aus Frankfurt a. M. referierte „über die Lage der Handelshilfsarbeiter und den Wert der Zentralorganisation“. Kedner verstand es meisterhaft, den Anwesenden so recht aus dem Herzen zu sprechen. Unter anderem führte Kedner an, in vielen Städten Deutschlands sind die Hausdiener den Mainzer Kollegen weit über, indem sie es schon längst verstanden haben, sich zu organisieren; in vielen Städten ist bereits die völlige Sonntagsruhe eingeführt, ebenso der Achtuhrladenschluß. Auch haben die Hausdiener in vielen Städten ganz bedeutende Lohnbewegungen geführt, wo ihnen wesentliche Verbesserungen zuteil wurden. Auch wir in Mainz dürfen nicht eher ruhen, bis der letzte Hausdiener unserer Organisation beigetreten ist. Der Verein der Mainzer Hausdiener, welcher ebenfalls zu dieser Versammlung eingeladen war, hat es nicht für nötig befunden, in dieser Versammlung zu erscheinen, sondern tagte in einem Nebenzimmer mit zehn Mann, ein Beweis, wie interesselos diese Leute sind. Ein Diskussionsredner geißelte ebenfalls das Verhalten des Vereins, indem er ausführte, daß vor kurzem ein Mitglied des Vereins gestorben sei; statt daß die Frau das Sterbegeiß erhalten hätte, habe man ihr abgeschrieben, der Mann wäre nicht mehr Mitglied des Vereins. Nachdem sich einige Kollegen aufnahmen ließen, erfolgte Schluß der Versammlung.

**Nordhausen.** In unserer am 21. August abgehaltenen Mitgliederversammlung gab zuerst der Kartelldelegierte den Kartellbericht. Auf Antrag der Handlungsgehilfen soll ein Flugblatt über den Reichstagsabgeordneten Schack, betreffs seiner volksfeindlichen Haltung bei der Reichsfinanzreform, zur Kennzeichnung an die Handlungsgehilfen verteilt werden. Ebenfalls ist der Landarbeiterorganisation die Mithilfe zugesagt. Gegen die Bierpreiserhöhung wurde in einer gemeinsamen Sitzung des Kartells, der Parteileitung und der freien Gastwirte Stellung genommen. Alle Kedner standen auf dem Standpunkt, daß es von den Brauereien unkorrekt sei, neben der Steuererhöhung auch noch ein Geschäft zu machen. Eine Ausnahme davon machte der Gauleiter Stöcklein vom Brauereiarbeiterverband, welcher die Aufrechnung in der hiesigen Parteizeitung bemängelte, die Forderungen der Brauereibesitzer als berechtigt anerkannte und vor einem unsinnigen Boykott warnte. Wenn wirklich von dieser oder jener Brauerei das Bier billiger verkauft würde, so könne er das nicht verstehen, denn in jetziger Zeit habe keiner etwas zu verkaufen.

Hierauf wurde Stöcklein dann von den nächsten Kednern gehörig zurechtgewiesen und ihm erklärt, daß die Aufrechnungen in der „Volkszeitung“ aus dem Geschäftsbericht der Brauerei bezw. aus dem Munde des Brauereidirektors stammen. Man hätte auch niemals geglaubt, daß ein Arbeitervertreter es fertig bringt, sich an die Seite der Brauereiarbeiter zu stellen. Ebenso wurde das Verhalten der Mineralwasserfabrikanten gerügt, welche zur Zeit der Bierpreiserhöhung glauben ebenfalls ihre Preise steigern zu können.

Nachdem wurde den kämpfenden Genossen in Schweden die Sympathie ausgesprochen und als 1. Rate 100 Mk. bewilligt. Sammellisten wurden ausgegeben. Hierauf gab der Kassierer den Kassenbericht vom 2. Quartal, welcher eine Einnahme von 908,31 Mk. und eine Ausgabe von 810,66 Mk. aufwies. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer Decharge erteilt.

Genosse Wetmar hielt noch einen Vortrag über das Genossenschaftswesen und forderte die Kollegen auf, dem Konsumverein beizutreten. Nach einer Aufforderung an die Mitglieder, sich das Jahrbuch des Verbandes von 1908

für 50 Pf. zu beschaffen, wurde die Versammlung geschlossen.

**Saarbrücken.** In der am 8. August abgehaltenen Generalversammlung gab der Kollege Pögel einen ausführlichen Bericht von der Gaukonferenz in Frankfurt a. M., welcher von den Anwesenden mit Befriedigung entgegen genommen wurde. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die am 8. August im Gewerkschaftshaus „Tivoli“ tagende Generalversammlung hört den Bericht von der Gaukonferenz in Frankfurt a. M. und erklärt sich mit deren Verlauf und den dort gefaßten Beschlüssen einverstanden.“

Nach kurzer Diskussion wurde noch folgender Antrag angenommen: Der Vorstand wird beauftragt, zur besseren Agitation ein gemeinschaftliches Flugblatt herauszugeben.

Hierauf wurde das Verhalten der Saarbrückener Führerleute einer scharfen Kritik unterzogen.

Bei dem vor kurzer Zeit abgehaltenen Sommerfest der Fuhrherrn-Vereinigung durften die Fuhrleute Spalter bilden und sich an der Fröhlichkeit ihrer Herren laben. Dafür betonte ein Fuhrherr in einer Festrede, die er hielt, daß die Stimmung der Fuhrleute im Saarevier eine außerordentlich befriedigende sei. Gewiß, die im Spalter stehenden Fuhrleute mögen durch ihr Verhalten ihrem Fuhrherrn eine solche Auffassung gegeben haben, aber bei den meisten ihrer Kollegen ist die Stimmung eine andere, dazu geben schon einige Fuhrherren Veranlassung genug. So haben z. B. die Kollegen bei der Expeditionsfirma Gebr. Ludwig allen Anlaß zum Klagen. Dort erhalten die Fuhrleute bei einer täglichen 15—18 stündigen Arbeitszeit 20—22 Mk., Zehrgelder oder Entschädigungen gibt es nicht. Die Fuhrleute sind gezwungen, auf ihren Touren von ihrem Wochenlohn zu zahlen, so daß für ihre Familien leider wenig übrig bleibt. Bei solchen Verhältnissen muß zwischen Mann und Frau Bant und Streit entstehen, und die Frau wirft dem Mann mit Recht vor, daß er seine Familie nicht ernähren kann. Unter solchen Umständen wird der Mann sein eigener Sklave, der sich in seiner Wohnung nicht wohlfühlt, und so dem Wirtschaftshaus oder seinem Arbeitgeber zum Opfer fällt.

Fuhrleute in Saarabien, muß das so sein? An allen diesen traurigen Zuständen seid Ihr nur selbst schuld! Nur Ihr selbst könnt eure Lage ändern, wenn Ihr nur wollt. Keine fremde Macht auf Erden verhilft Euch zu besseren Lohn- und Arbeitsverhältnissen. Ihr selbst müßt eine solche Macht bilden, indem Ihr Euch Mann für Mann dem Deutschen Transportarbeiter-Verbande anschließt. Einigkeit macht stark. In diesem Sinne bewegte sich die Diskussion, worauf die Versammlung geschlossen wurde.

**Weißwasser.** In einer am 22. August abgehaltenen Versammlung gab der Kartelldelegierte den Kartellbericht. Es wurde gerügt, daß die Arbeiterschaft am meisten diejenigen Geschäfte unterstütze, welche unsere größten Gegner sind. Auch sollten die Arbeiter endlich die beiden bürgerlichen Käseblätter, welche nur zur Verblöschung der Arbeiterschaft dienen, aus ihrem Hause entfernen und auf die „Volkszeitung“, welche allein die Interessen der Arbeiterschaft vertritt, abonnieren. Hierauf gab der Vorsitzende einen Ueberblick über den Generallstreik in Schweden. Nachdem noch das Lokalfondstatut besprochen und einstimmig angenommen wurde, wurde die Abwesenheit verschiedener Kollegen kritisiert, welche sich lieber in schwarzen Schanzstuden herumdrücken, aber im Monat nicht eine Stunde in ihrem Interesse Zeit haben, um über ihre Lebenslage zu beraten.

**Würzburg.** Am 9. August fand eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt, die sich mit der Einführung einer höheren Beitragsklasse beschäftigte. Der Gauleiter besprach zunächst die Notwendigkeit der Erhöhung und die Vorteile, die unsere Mitglieder hieraus haben. In der Diskussion wurde den Ausführungen des Gauleiters zugestimmt und beantragt, den wöchentlichen Beitrag von 35 auf 45 Pf. zu erhöhen. Weiter soll dann die Streikfondsmarkte in Wegfall kommen, da ja doch nur immer ein kleiner Teil abgesetzt wird und manche Mitglieder nicht zu bewegen sind, ihrer Pflicht zum Abnehmen der Streikfondsmarken nachzukommen. Die geheime Abstimmung ergab die nahezu einstimmige Annahme dieses Vorschlags und wird der höhere Beitrag am 1. Oktober zur Einführung gelangen. Durch diesen Beschluß haben unsere Würzburger Kollegen gezeigt, daß sie nicht nur dem Namen nach Gewerkschaftler sind, sondern die Zeichen der Zeit richtig erfasst haben. Die hierdurch bedeutend erhöhten Unterstützungsfähigkeit werden zweifellos immer mehr dazu beitragen, unsere Kollegen wirksam zu unterstützen. Im weiteren Verlauf hielt der Vorsitzende noch ein kurzes Referat über die Würzburger Lohn- und Arbeitsverhältnisse, aus welchem zu ersehen war, daß in den einzelnen Branchen unsere Kollegen in der rückfälligsten Weise ausgenutzt werden. Kedner ersucht besonders im Hinblick auf die neuen Steuern um rege persönliche Agitation. Der Gauleiter verwies noch besonders auf den neu abgeschlossenen Tarifvertrag mit dem hiesigen Konsumverein hin, der unseren Kollegen wesentliche Verbesserungen brachte. Hierauf schloß der Versammlung.

**Mitteilungen des Vorstandes.**

Verloren gegangen sind die Mitgliedsbücher der Kollegen H e r m. M e y e r, Opt.-Nr. 51 354, eingetreten am 11. 11. 08 in Berlin I; P a u l M i e t s c h, Opt.-Nr. 28 279, eingetreten am 26. 8. 07 in Berlin II und A u g u s t S c h o l z, Opt.-Nr. 96 802, eingetreten in Leipzig.

Falls diese Bücher vorgezeigt werden, sind sie anzuhalten und dem Unterzeichneten zuzufenden.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

J. A.: O s w a l d S c h u m a n n, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21, Hof 1 Tr.

Verantwortl. Redakteur: Emil Kiebel, Lichtenberg. Verlag der Buchhdlg. „Courier“, D. Schumann-Berlin. Druck: Maurer u. Dimmig, Berlin, Adalbertstr. 37,